



Hauptausschuss (26.) und Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

18. April 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:02 Uhr bis 15:02 Uhr

Vorsitz: Klaus Vossemer (CDU) (HPA)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Selbstverständnis "Demokratie" – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/7196

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

* * *

Selbstverständnis "Demokratie" – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/7196

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzender Klaus Vossemer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete ist es heute die zweite Runde. Ich darf Sie alle sehr herzlich zur 26. Sitzung des Hauptausschusses und auch im Namen des Vorsitzenden des mitberatenden Ausschusses zur 48. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung, Herrn Kollegen Florian Braun, sehr herzlich zu dieser Anhörung begrüßen.

Herr Kollege Braun musste sich leider terminbedingt heute entschuldigen, lässt Sie aber herzlich grüßen. Mein Gruß gilt den Zuhörerinnen und Zuhörern, den Vertreterinnen und Vertretern der Medien, aber insbesondere den Sachverständigen unserer heutigen Anhörung. Sie sind uns alle herzlich willkommen. Schön, dass Sie den Weg zu uns gefunden haben. Protokolliert wird diese Anhörung heute von Frau Kliem. Herzlichen Dank, dass Sie das für uns übernehmen.

Die Tagesordnung zur heutigen gemeinsamen Anhörung von Sachverständigen haben Sie mit der Einladung E18/725 erhalten. Die Sitzung ist öffentlich und wird auch per Livestream ins Internet übertragen.

Gegenstand der Anhörung ist ein Antrag der Fraktion der SPD in Drucksache 18/7196 mit dem Titel: Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten.

Ich danke den Sachverständigen sehr herzlich für Ihre vorab eingereichten schriftlichen Stellungnahmen. Diese Stellungnahmen sind in dem ausliegenden Tableau aufgeführt.

Die Kolleginnen und Kollegen der beteiligten Fachausschüsse werden sich nunmehr vereinbarungsgemäß unmittelbar mit Fragen an Sie wenden.

Ich eröffne damit die Aussprache. Ich bitte um Wortmeldungen für die Fragerunde: für die antragstellende Fraktion zunächst Frau Kollegin Müller-Witt, Herr Kollege Okos, Frau Schäffer und Herr Wedel.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ganz herzlichen Dank an die Damen und Herren Sachverständigen für Ihre Stellungnahmen, die uns noch einmal sehr viel Einblick in Ihre Sichtweisen zu dem Thema gegeben haben.

Ich fange direkt an und richte meine erste Frage – ich glaube, Herr Vorsitzender, wie üblich drei Fragen – an Herrn Wölfel: Wie sollte die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer an einen solchen Schwerpunkt zur Vermittlung der Wertigkeit der Demokratie angepasst werden? Wir gehen davon aus, dass die Ausbildung momentan eher so

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

aufgestellt ist, dass das nur nebenbei eine Rolle spielt. Wenn aber so ein Schwerpunkt entsteht, stellt sich die Frage: Wie müsste man dann die Ausbildung anpassen?

Die zweite Frage richte ich an Herrn Zajic – das habe ich hoffentlich richtig ausgesprochen. Wie in mehreren Stellungnahmen ebenfalls, betonen Sie auch, dass die Demokratiekompetenz unter anderem vom sozialen Status abhängig ist. Von daher an Sie die Frage: Mit welchen Methoden erreichen wir diejenigen, die aufgrund ihres sozialen Status eine schwache Demokratiekompetenz haben? Da muss man wahrscheinlich sehr differenziert herangehen.

Die dritte Frage richte ich an Frau Professorin Dr. Pickel. Frau Professorin Dr. Pickel, Sie schildern, dass ein Zusammenhang festzustellen ist – das erwähnte ich eben schon bei der zweiten Frage – zwischen formalen Bildungsabschlüssen und dem Interesse an Demokratie, Politik und Gesellschaft. Können wir daraus ableiten, dass ein verstärkter Fokus von Angeboten in diesem Themenspektrum insbesondere auf Schulformen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen zu richten ist?

Sie haben festgestellt, dass Untersuchungen zeigen, dass insbesondere Abgänger von Gymnasien schon eine relativ starke Ausbildung in Sachen Demokratie, Politik usw. haben. Wenn dem so ist, müssten wir die Curricula dann entsprechend anpassen? Denn manche Themen kommen erst in der gymnasialen Oberstufe, in der Sek II vor. Dann müssten wir möglicherweise in Sek I und noch früher die Curricula entsprechend anpassen. Wie sehen Sie das?

Vorsitzender Klaus Vossemer: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Witt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss einen Sachverständigen leider entschuldigen. Wir haben vor wenigen Minuten die Nachricht bekommen, dass Herr Christian Hüttemeister aufgrund einer Streckensperrung in einem gestrandeten Zug festsetzt. Wie wir wissen, passiert das ja höchst selten in diesem Land. Er lässt sich daher leider entschuldigen. Er wird es also nicht mehr schaffen, zu uns zu kommen. An dieser Stelle weise ich nur darauf hin. Falls jemand beabsichtigt hat, Fragen an ihn zu stellen, ist das leider zumindest jetzt in der heutigen Anhörung nicht möglich.

Ich erteile dann dem Kollegen Okos das Wort.

Thomas Okos (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vor allem vielen Dank an alle Sachverständigen für die Anwesenheit und für die Einreichungen im Vorfeld, die in Vorbereitung auf die heutige Anhörung sehr hilfreich waren. Wir haben zunächst drei Fragen, zwei davon richten sich an Frau Professorin Dr. Pickel und Herrn Professor Dr. Blätte.

Die erste Frage ist: Wie könnte man angesichts der finanziellen, knappen Lage im Bundes- und Landeshaushalt möglichst schnell, aber auch finanzeffizient agieren, um Demokratiebildung zu betreiben?

Die zweite Frage ist: Was sind die Kernaufgaben der politischen Bildung? Was spricht für eine breite Themenvielfalt versus Themenfokussierung, und wie kann hierbei der größtmögliche Impact erzielt werden?

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Die dritte Frage, die wir auch direkt anschließen möchten, richtet sich an Frau Deimel: Wen sehen Sie als den kritischen Partner in der politischen Bildung neben dem Schulbereich? – Vielen Dank.

Verena Schäffer (GRÜNE): Wir haben heute einen ganzen Tag der Demokratie, denn es ist schon die zweite Anhörung im Hauptausschuss zu diesem Thema. Das ist großartig. Vielen Dank auch von der Grünenfraktion an die Sachverständigen für die schriftlichen Stellungnahmen.

Ich habe in mehreren Stellungnahmen durchaus kritische Töne zu einer Woche der Demokratie herausgelesen. Denn viele sagen, dass eigentlich jede Woche eine Woche der Demokratie sein muss. Ich möchte gerne nachfragen, wie wir das Thema Beteiligung, politische Bildung und damit auch Selbstwirksamkeitserfahrungen für junge Menschen insgesamt in den Alltag integrieren können – gerade auch in den Schulalltag. Ich habe oft das Gefühl, dass das in Kitas oft schon ganz gut gelingt – zumindest gibt es viele gute Konzepte. In der Schule – glaube ich zumindest – gibt es auch gute Konzepte, aber ich habe das Gefühl, dass man da noch mehr machen könnte. Von daher ist meine Frage: Wie können wir erreichen, dass wir Beteiligungsformate im Alltag und in der Schule besser und damit auch erlebbar machen?

Da der Landesjugendring auch eine Stellungnahme abgegeben hat, dazu noch eine Frage nicht nur in Bezug auf Schule: Wie können wir es erreichen, dass junge Menschen – auch im Alltag – durch Jugendbeteiligung vor Ort Selbstwirksamkeitserfahrungen machen? – Das ist auch eine Frage an Achim Wölfel: Welche Formate und Möglichkeiten gibt es da?

Dann zu einer Frage, die mich sehr umtreibt und die auch schon Elisabeth Müller-Witt angesprochen hat: Im Demokratiebericht ist noch einmal sehr deutlich geworden, dass der Anteil von politischer Bildung je nach Schulform sehr unterschiedlich ist. Mich treibt die Frage um, weil es später dann natürlich auch eine Frage der Repräsentanz ist: Wer geht denn eigentlich wählen? Wer lässt sich vielleicht auch aufstellen? Wer beteiligt sich? Wer partizipiert? Und wer tut es vielleicht auch nicht? Wer hat das nicht mit auf den Weg gegeben bekommen? Meine Frage in die Runde dazu: Wie können wir das auffangen, wenn es an den Schulformen so unterschiedlich verteilt ist? Vielleicht gezielt durch Fortbildung der Lehrkräfte?

Ein letzter Punkt – leider ist Herr Hüttemeister nicht da, das ist sehr, sehr schade –: Er hat in seiner Stellungnahme aufgegriffen, dass zur Demokratiebildung insbesondere auch rassismuskritische Elemente gehören. Vielleicht kann das jemand anderes aufgreifen und für die Runde beantworten, warum das so wichtig ist und auch ein Teil von Demokratiebildung bedeutet.

Dirk Wedel (FDP): Vielen Dank auch seitens der FDP-Fraktion an die Sachverständigen für die schriftlichen Stellungnahmen und dass Sie uns hier heute Nachmittag für Nachfragen zur Verfügung stehen.

Meine erste Frage geht an Herrn Zajic und an die beiden Professoren Dr. Pickel und Dr. Blätte. Ich bin in der Stellungnahme von Herrn Zajic erstmals über die International Civic and Citizenship Education Study gestolpert, in der NRW offensichtlich sehr schlecht abschneidet, nämlich im unteren Drittel der betrachteten Länder in Europa. Für mich stellt sich als allererstes die Frage – es wird nur aufgeführt, dass Dänemark, Taiwan und Finnland hervorragend abgeschnitten hätten –: Wie sieht es mit anderen deutschen Bundesländern aus, und was machen die gegebenenfalls anders als NRW? Da würde mich auch der internationale Vergleich interessieren, wenn da etwas bekannt ist.

Die zweite Frage richtet sich an Frau Çelik von der GEW. Sie haben in Ihrer Stellungnahme bei den konkreten Maßnahmen – was mich ehrlich gesagt sehr irritiert hat – geschrieben, dass im Rahmen der Lehrerbildung eine ganze Menge offensichtlich nicht nur nicht möglich, sondern sogar irgendwie verboten wird. Beispielsweise dürften Zentren für schulpraktische Lehrerbildung nicht aufgesucht werden. Gedenkstätten, Museen und andere historische Stätten könne man auch nicht besuchen und insbesondere die bisher etablierte europäische Zusammenarbeit bei Ausbildungsorten der Friedenserziehung müsste unterbrochen werden. Vielleicht können Sie da bitte einmal näher ausführen, was konkret alles passiert ist, oder was alles nicht geht und warum das nicht funktioniert.

Dann habe ich noch eine Frage, die kann ich nur an alle Sachverständigen richten, weil ich nicht weiß, wer da jetzt speziell Expertise hat. Der Landesjugendring, der hier nur schriftlich Stellung genommen hat, hatte auf eine Pressemitteilung des Schulministeriums vom 15.01. dieses Jahres hingewiesen, in der ein umfangreiches Programm angekündigt wird, und hatte auch gesagt, dass die Kontaktaufnahme, die für das erste Quartal avisiert war, praktisch gar nicht erst stattgefunden hat. Deswegen stellt sich für mich die Frage: Wie relevant ist aus Ihrer Sicht das, was das Schulministerium am 15.01.2024 angekündigt hat? Passiert da schon irgendetwas oder erschöpft es sich bisher in der Ankündigung? – Danke.

Andreas Keith (AfD): Meine erste Frage richtet sich an Frau Professorin Dr. Susanne Pickel und an Herrn Professor Dr. Andreas Blätte. Ich würde gerne etwas im Detail wissen: Wie bewerten Sie das Mittel der Projektstage? Das ging aus Ihrer Stellungnahme nicht eindeutig hervor. Das hätte ich gerne noch einmal im Detail ausgeführt.

Die zweite Frage geht an Herrn Seifen. Aus Ihrer Erfahrung, Herr Seifen, als Lehrer und als Schulleiter eines Gymnasiums: Wie bewerten Sie generell die Idee einer zusätzlichen Woche Fachunterricht für zusätzliche Projektstage Demokratie?

Die dritte Frage geht ebenfalls an Herrn Seifen: Wir erleben im Augenblick ein sehr aufgeheiztes politisches Klima. Welche Auswirkungen auf die Atmosphäre in der Schule hätte solch eine Woche der Demokratie, wenn sie sich von den im Antrag formulierten Intentionen leiten ließe?

Vorsitzender Klaus Vossemer: Schönen Dank. Damit können wir in die Antwortrunde einsteigen. Wir gehen in diesem Ausschuss nach der Reihenfolge des Tableaus vor,

wie es Ihnen vorliegt. Da Fragen an alle Sachverständigen gerichtet worden sind, erteile ich zunächst Frau Professorin Dr. Pickel das Wort. Herr Professor Dr. Andreas Blätte kann dann ergänzen – oder wie Sie sich das aufteilen möchten.

Prof.'in Dr. Susanne Pickel (Universität Duisburg-Essen): Das kriegen wir hin. Danke schön für die Fragen und dass ich antworten darf. Danke schön auch, dass wir hier als Sachverständige eingeladen worden sind. Ich fange gerne von vorne bei den Fragen von Frau Müller-Witt zur formalen Bildung an.

Wir können einen Split des Interesses feststellen, und zwar steigt das Interesse mit der formalen Bildung an, aber insbesondere bei der mittleren formalen Bildung müssen wir einen Knick verzeichnen. Das zieht sich durch den gesamten Bericht – egal, was wir betrachten. Es sind vor allen Dingen Menschen mit mittlerer formaler Bildung, die weniger Interesse haben, die sich weniger beteiligen, die weniger nach weiterem Politikunterricht fragen beziehungsweise diesen fordern und die sich auch weniger an Wahlen beteiligen. Wir haben also diesen Knick.

Es ist kein durchgehender Bildungszusammenhang, aber wir haben immer einen Zusammenhang mit hoher formaler Bildung, hohem Interesse, hoher Beteiligung sowie einen Zusammenhang mit Unterricht, der eher praxisorientiert und umfänglicher ist als in nicht weiterführenden Schulen.

Sie fragten nach dem Anpassen der Curricula und nach früherem Politikunterricht – aus unserer Sicht: Ja. Vor allen Dingen deshalb, weil wir feststellen konnten – das merkt man selbst dann noch, wenn die Abiturienten an die Universitäten kommen –, das Wissen nicht gleich Befähigung zum Handeln ist. Das heißt: Das Handeln muss eingeübt werden, indem Wissen angepasst wird. Das kann man schon früh machen, indem man Kindern beibringt, wie man demokratisch handelt.

In einem anderen Forschungsprojekt, das ich leite, haben wir Demokratiestunden eingeführt. Da wird nicht noch mehr Wissen vermittelt, sondern die Schülerinnen und Schüler entscheiden selbst, welche ihrer Probleme in diesen Stunden besprochen werden sollen. Das findet kontinuierlich einmal die Woche statt, nicht als Projekt. Das muss auch kein politisches Thema sein. Es kann ein Problem wie Mobbing oder ein Problem mit Lehrern sein. Die Schüler entscheiden und werden gerade in der Umsetzungsphase dazu befähigt, diese Stunden selbstständig zu gestalten. Langfristig sollen sie dort ohne Lehrer auskommen. Das funktioniert bislang sehr gut, auch mit niedrigeren Klassen wie 6. und 7. Klasse.

Wo wir festgestellt haben, dass es zwar enorm wichtig, aber politische Bildung fast nicht vorhanden ist, war an Berufskollegs. Wir hatten an einem Praxistag zum Thema Radikalisierung auch Lehrer dieses Kollegiums, um unsere Forschung vorzustellen da. Die haben uns gesagt, dass sie oftmals gar nicht dazu kommen, mit dem Schulbuch zu arbeiten, weil das Wissen so gering ist, dass man erst einmal die grundlegenden Sachverhalte bearbeiten muss.

Dann haben wir ein Problem mit dem Umfang des Politikunterrichtes, der in der Fächergruppe, zu der er gehört, zwar nicht unterdrückt wird, aber zu kurz kommt. Auch in den

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Berufskollegs gibt es das Problem, dass oft fachfremde Lehrer den Politikunterricht übernehmen sollen, die dann damit – ich muss es so sagen – teilweise überfordert sind und lieber etwas anderes machen als Politik zu lehren. Das ist aber nicht im Sinne des Unterrichts, der dort gegeben werden soll.

Insofern haben wir hier doch einen erheblichen Nachholbedarf in Form von Politikunterricht, der Schülerinnen und Schüler befähigt, Demokratie zu leben und umzusetzen und nicht nur rudimentäres Wissen zu erwerben.

Auf die Frage zu der knappen finanziellen Lage wird Herr Blätte eingehen.

Ich möchte gerne noch etwas zu dem Thema „Beteiligung an politischer Bildung in den Alltag integrieren“ sagen. Es gibt schon viele Ansätze wie Schülerparlamente oder ähnliche Gremien. Das ist alles schön, das machen junge Erwachsene und junge Menschen auch gerne, aber es gibt dabei ein Problem: Wenn das, was dort beraten und beschlossen wird, keinen Effekt hat und nicht ergebnisoffen ist, dann kann man sich die Veranstaltung schenken, weil sie eher Demokratieverdrossenheit als Demokratiepraxis fördert. Das heißt: Es muss etwas umgesetzt werden und Beteiligungsformate in den Schulen geben. Wie bereits gesagt: Wir arbeiten noch an der endgültigen Evaluierung der Demokratie Stunde. Es sieht aber gut aus, denn es ist nicht teuer und die Umsetzung erfordert keine zusätzlichen Mittel. Das könnte man noch ausweiten.

Ich könnte mir auch gut vorstellen, Budgets auszuloben, auf die man sich bewerben kann und mit denen dann Projekte umgesetzt werden können, über die junge Menschen altersgerecht – sprich online abstimmen – und somit bei der Umsetzung einbezogen werden. Das heißt: Die gewinnen dann nicht ein Projekt und das Projekt wird für sie gemacht, sondern sie gewinnen ein Projekt, das sie selbst umsetzen und an dem sie mitarbeiten müssen. Dort erfahren sie: Ich muss einen Antrag formulieren, um das Geld zu bekommen, und dann muss ich in der Lage sein, das auch umzusetzen. Je jünger die Menschen sind, desto mehr Hilfe brauchen sie dabei. Aber ich denke, dass das Möglichkeiten sind, die man vielleicht sogar kostenneutral umsetzen könnte.

Zum Thema „Anteil politischer Bildung nach Schulform“: Der Anteil der politischen Bildung nimmt ab, je niedriger der Bildungsabschluss ist. Das ist ein Problem, weil suggeriert wird, dass es vielleicht nicht so drauf ankommt, dort noch einmal politisch zu bilden. Es ist aber wichtig, weil gerade bei den jungen Erwachsenen und jungen Menschen, die wir befragt haben und die einen Hauptschulabschluss anstreben, die Nachfrage nach mehr politischer Bildung am höchsten war. Das heißt: Dort wird praxis- und projektorientierte Bildung nachgefragt. Wenn das gemacht werden kann, dann glaube ich sehr fest daran – unsere Daten geben das auch her, deswegen fällt mir das Glauben leicht –, dass man die Menschen eher in die Partizipation bringt. Wenn man mit ihnen darüber spricht, wie Wahlen funktionieren und was man damit erreichen kann. Aber noch wichtiger: Was passiert eigentlich jenseits von Wahlen? Dann kann man sie, glaube ich, sehr gut dafür begeistern, zumindest ein bisschen häufiger hinzugehen, als sie das jetzt machen.

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Lehrkräftefortbildung: Ja, unbedingt. – Denn Demokratie ist auch für studierte Lehrkräfte nicht selbsterklärend und nicht selbst erhaltend. Insofern wäre es sehr angebracht, dort eine Fortbildung zu praktizieren.

Dann noch eine Anmerkung zu rassismuskritischen Elementen: Die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist eine sehr starke Frage, die in allen Ebenen gestellt wird. Gesellschaftlicher Zusammenhalt funktioniert in Gesellschaften wie unserer nur dann, wenn man sich zu dem Thema Rassismus auch äußert. Ich kann aus der Innenansicht eines Projektes, das ich nicht leite, feststellen, dass Rassismus in Institutionen zum Beispiel ein großes Problem ist. Da, wo wir als Ausbilder von Lehrkräften die Möglichkeit haben, dem entgegenzuwirken, sollten wir das unbedingt tun. Denn es hat auch etwas mit der Gewährung und der Ausschöpfung von Potenzialen zu tun. Wenn wir über soziale Ungleichheit reden – das war hier auch ein Thema –, dann sollte man in diesem Bereich Weiterbildung betreiben.

Noch ein Wort zu den Mitteln der Projektstage: Eine Woche der Demokratie – das hatten Sie in Ihrer Frage schon formuliert; die Frage kam aus der Fraktion der AfD – ist besser als nichts. Einmal im Monat ein oder zwei Tage wäre sicherlich besser, weil es nicht darauf ankommt, einmal etwas gebündelt beizutragen und zu lehren und Schülerinnen und Schüler sich beteiligen zu lassen, sondern über die Zeit. Denn es ändern sich auch die Themen, die Schülerinnen und Schüler wichtig finden. In unserer Befragung waren es immer Klimaschutz und Bildung. Das kann sich aber durchaus auch verändern. Das könnte man aktualisieren.

Die Nachfrage nach aktueller Politik und nach Einbindung aktueller Sachfragen war sehr hoch. Das heißt: Man müsste das häufiger machen, um diesem Bedarf gerecht zu werden. Einmal eine Woche ist – wie gesagt – besser als nichts, aber eigentlich wäre es wöchentlich in einem Umfang von zwei bis drei Stunden nötig, damit man Menschen dazu befähigen kann, Demokratie zu leben und Demokratie fortzusetzen. – Danke schön.

Prof. Dr. Andreas Blätte (Universität Duisburg-Essen): Wir hatten uns eine kleine Aufgabenteilung zugerufen. Ich steige mit den Fragen nach den Kernaufgaben und nach den finanziellen Restriktionen ein.

Was ist die Kernaufgabe der politischen Bildung – breit versus fokussiert? Ich denke, dass man keinen zu großen Spagat machen sollte unter Erwägung, was eigentlich wirksame politische Bildung ist. Was zeichnet gute politische Bildung aus? Sie stellt aktuelle Bezüge her, sie greift kontroverse exemplarische Fälle auf und macht dadurch Probleme der Politik greifbar. Das heißt, sie erschöpft sich nicht darin, nur kognitives Wissen über die Demokratie als Staatsform zu vermitteln, sondern sie macht Demokratie erfahrbar, indem man eine Auseinandersetzung über einen konkreten aktuellen Gegenstand führt. Insofern ist es auch kombinierbar, dass man einen Problembezug zu aktuellen Fragen hat, die die Gesellschaft und die Politik bewegen und wie diese Probleme dann in einem politischen Kontext verarbeitet werden.

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Daraus ergibt sich auch ein Stück weit eine Folgerung für wirksame didaktische Formate. Der reine Frontalunterricht, die reine Vermittlung von Fakten und Sachwissen ist vielleicht eine Grundlage, um Prozesse zu verstehen und einordnen zu können, aber Demokratie muss erfahrbar und erlebbar gemacht werden. Deswegen sind beispielsweise Planspiele oder Simulationen sehr wirksame Formen. Obwohl sie ein Spiel sind, verinnerlicht man durch diese Form der Didaktik und Politikvermittlung, wie politische Institutionen in der Praxis wirken. Sie haben also einen langanhaltenden Effekt über einen kurzen Moment hinaus.

Daraus ergibt sich auch eine Antwort auf die Frage, was eigentlich kosteneffizient ist. Ein Projekttag oder eine Projektwoche, in der man so ein ausführlicheres, didaktisches Format durchführen kann, kann Wirksamkeit über den Tag und die Woche hinaus entfalten – gerade dann, wenn es gut nachbereitet wird und ein gutes Debriefing erfolgt.

Insofern kann es unserer Einschätzung nach ein finanziell sehr effizientes Mittel sein. Denn große Kosten entstehen dann, wenn man neues Personal einstellen muss, das dann dauerhaft beschäftigt wäre. Aus der Zeitungslektüre und aus den Haushaltsberatungen etc. ist zu schließen, dass es schwierig ist, diese Stellschrauben schnell zu aktivieren. Es scheint viel wahrscheinlicher, dass mit so einem kurzen, projektförmigen Format an den Schulformen etwas verankert wird, das dann auch wirkt. Der Punkt kann nicht deutlich genug gemacht werden.

Bislang ist die politische Bildung sehr viel stärker an den Gymnasien als an den anderen Schulformen. Vor 10, 20 oder 30 Jahren gab es hierfür vielleicht auch Begründungen. Es gibt so viele unterschiedliche Informationsquellen für Schülerinnen und Schülern. Man muss sie rechtzeitig erreichen, bevor sie irgendwo sehr einseitige Informationskanäle haben. Das spricht dafür, die politische Bildung über das Gymnasium hinaus deutlich zu stärken.

Die ICCS und der Bundesländervergleich sind angesprochen worden. Das ist eine große Studie, die von dem Kollegen Hermann Josef Abs an der Universität Duisburg-Essen federführend begleitet wird. Sie hat Unterschiede zu der Studie, die wir durchgeführt haben. Sie kann beispielsweise politisches Wissen breiter abfragen. und sie hat Fragen zur Professionalisierung des Lehrpersonals. Wir hatten bei unserer Befragung andere Schwerpunkte. Es können auch in der Zukunft andere Schwerpunkte sein, denn wir haben die ICCS nicht gedoppelt.

Zu den Fragen: Wo steht Nordrhein-Westfalen im Bundesländervergleich? Was könnte Unterschiede zwischen den Bundesländern erklären? Nordrhein-Westfalen belegt beim Umfang der politischen Bildung weder einen Spitzenplatz noch einen nachrangigen Platz. Wir sind da durchweg in der Mitte hinsichtlich des Umfangs der Lehrpläne. Wir teilen die Probleme mit anderen Bundesländern, dass es die Kombination von wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Bildung sowie den Politikunterricht im eigentlichen Sinne gibt. Das führt dazu, dass der Politikunterricht oftmals auch fachfremd gegeben wird – also von Lehrpersonal, das nicht spezifisch für Pluralismus und Demokratie trainiert und ausgebildet ist und somit Schwächen des Politikunterrichts hervortreten. Aber, wie gesagt, NRW hat eine Mittelrolle im Bundesländervergleich, bei den Effekten

zum Teil etwas schwächer. Das waren die zentralen Ergänzungen, die ich gerne noch vornehmen wollte.

Achim Wölfel (Mehr Demokratie NRW): Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Mitarbeitende und Sachverständige! Auch von Mehr Demokratie NRW herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier und heute zu dem Antrag der SPD-Fraktion Stellung nehmen zu können.

Wir haben in unserer schriftlichen Stellungnahme geschrieben, dass wir diesen grundsätzlich sehr begrüßen und dass es bei solchen neuen Formaten, wie zum Beispiel einer einwöchigen Demokratieprojektwoche, die an Schulen oder an Bildungseinrichtungen eingeführt wird, wichtig ist, dass die Lehrkräfte damit nicht allein gelassen, sondern entsprechend geschult werden.

Auch die erste Frage von Frau Müller-Witt hat darauf abgezielt, wie so eine Lehrkräftefortbildung ausgestaltet werden kann. Gerade wurde schon gesagt, dass es wichtig sei, dass es diese erst einmal grundsätzlich gibt. Die genaue Ausgestaltung muss dann mit den entsprechenden Fachverbänden passieren. Dafür sind wir beispielsweise auch nicht die Expertinnen und Experten. Wichtig ist aber, dass solche Ausbildungen regelmäßig und verbindlich stattfinden.

Denn wir beobachten, dass es immer noch sehr stark davon abhängt, ob es einzelne, sehr engagierte Lehrkräfte an den Schulen – an Kitas übrigens auch – oder Hochschulen gibt – also an allen Bildungsformen, an denen es politische Bildung gibt. Diese ist sehr stark von einzelnen Personen abhängig. Da hat man dann eben Glück oder Pech. Wenn es hier einen verbindlichen Ansatz gibt, dann profitiert davon das ganze Land. Bei solchen Formaten könnte ich mir auch vorstellen, dass die Landeszentrale für politische Bildung ebenso eine Rolle spielt wie die Zivilgesellschaft. Soweit erst einmal zur Frage bezüglich der Fortbildung der Lehrkräfte.

Die zweite Frage hat auf Formate und Möglichkeiten abgezielt, die Demokratiebildung und demokratische Grundwerte auch im Alltag der jungen Menschen erlebbar und erfahrbar machen. Hier ist eine ganze Bandbreite denkbar. Im Antrag wird die Demokratieprojektwoche genannt. Das halten wir definitiv für einen sinnvollen Baustein in einem Gesamtkonzept politischer Bildung. Wir haben in unserem Antrag auch eine Verfassungsviertelstunde genannt, die gerade in Bayern diskutiert wird und dort im Koalitionsvertrag der CSU und der Freien Wähler steht. Dies wird gerade angegangen – übrigens auch unter Beteiligung der dortigen Landeszentrale für politische Bildung und der Zivilgesellschaft. Hierbei geht es darum, dass man sich einfach einmal die Woche – auch wenn es nur eine Viertelstunde ist – mit der Verfassung auseinandersetzt und keine reine Institutionenlehre betreibt, die ggf. in anderen Fächern ohnehin stattfindet, sondern Demokratie konkret erfahrbar macht. Da könnte man zum Beispiel einen Sportverein einladen und die Fair-Play-Regeln gemeinsam durchdeklinieren. Oder man könnte eine Initiative einladen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagiert, und über das Thema Menschenrechte sprechen. Man kann sich in dem Kontext auch einmal gemeinsam eine Rede von Willy Brandt oder Helmut Kohl anhören und darüber sprechen. Also da ist vieles denkbar.

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ein anderes Beispiel, um das konkret erfahrbar zu machen, wäre ein Schulwettbewerb, den wir jetzt gerade zur Europawahl durchführen. So etwas könnte regelmäßig zu allen Wahlen stattfinden. Nächstes Jahr steht die Kommunalwahl und auch die Bundestagswahl an. 2027 steht die nächste Landtagswahl an, bei der – voraussichtlich – schon mit 16 Jahren gewählt werden darf. Da müssten wir eigentlich jetzt mit der Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler anfangen, die heute 14 sind, um sie auf ihr neues Wahlrecht vorzubereiten. All das ist miteinander kombinierbar. Wenn ich an diese Demokratieprojektwoche denke, dann könnte man in dieser Woche einen Schulwettbewerb durchführen. Es sollte möglichst flexibel gestaltet werden, sodass jede Schulform, jede einzelne Schule auf die eigenen Bedürfnisse eingehen kann.

Über solche Formate hinaus wie Demokratiewochen, Verfassungsviertelstunden oder Schulwettbewerbe muss natürlich auch das ehrenamtliche Engagement gefördert und erleichtert werden. Es gibt schon jetzt viele demokratische Beteiligungsmöglichkeiten – auch für junge Menschen. Häufig sind die nicht ausreichend bekannt. Auch da kann man ansetzen, dass darüber informiert wird. Soweit erstmal von meiner Seite.

Jan Zajic (Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke): Vielen Dank für die Möglichkeit, sich äußern zu dürfen und vielen Dank für die Einladung. Im Namen der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke werde ich mich sehr gerne zu den an mich adressierten Fragen äußern und sie beantworten.

Es waren vor allem zwei Themenschwerpunkte. Zunächst zum Zusammenhang zwischen Demokratiekompetenz und sozialem Status beziehungsweise sozialer Status und Bildungsstatus. Wir müssen uns zwei Bereiche anschauen: den schulischen und den außerschulischen Bereich.

Ich fange mit dem schulischen Bereich an. Wenn wir betrachten, wie Politik in Kombination mit Geschichte oder mit anderen Fächern wie Philosophie unterrichtet wird, dann sehen wir große Unterschiede zwischen dem Unterricht an einem Berufskolleg, an der Hauptschule oder auf dem Gymnasium. Es ist die Frage der Anzahl der Stunden, wie viel pro Woche unterrichtet wird, und die Aktualität der Themen, aber auch die Relevanz für die Kinder und Jugendlichen.

Ich gebe Ihnen gerne ein konkretes Beispiel: Mein Sohn besucht die zehnte Klasse und er quält sich schon recht lange mit der Zarathustra. Er hat mich gefragt: Papa, inwieweit spielt das eine Rolle für mein Leben? Inwieweit ist es wichtig für mich? Das muss den Jugendlichen erklärt werden. Sie müssen begeistert werden. Sie müssen verstehen, warum es für ihren Alltag eine Rolle spielt. Das passiert leider nicht immer.

Unsere zentrale Aufgabe in der schulischen, aber auch in der außerschulischen Bildung ist es, Wissen zu vermitteln und zum Handeln zu befähigen. Wie vermitteln wir dieses Wissen? Tageszeitungen werden nicht mehr gelesen. „tagesthemen“ oder „heute journal“ und andere Formate werden auch nicht mehr geschaut. Das heißt: Es ist vor allem die Nutzung der sozialen Medien, mit denen wir im außerschulischen Bereich sehr konzentriert und vor allem Zielgruppen fokussiert arbeiten müssen. Weitere Methoden,

wie zum Beispiel der Wahl-O-mat, welcher sehr gerne genutzt wird, um sich mit Thesen und Themen auseinanderzusetzen oder Pro und Kontra abzuwägen.

Für die Jugendlichen ist es sehr wichtig, wirklich zu sehen, dass sie etwas bewegen können, dass sie sich nicht nur austauschen können und dass sie nicht nur etwas anderes erfahren, sondern dass sie in einer Schule, in einem Stadtteil oder in einer anderen Umgebung wirklich etwas bewegen können. Selbstwirksamkeit ist für sie enorm wichtig. Deswegen ist es zentral, dass sie immer mit einbezogen werden und wissen, welche Formate bestehen, mit denen sie etwas verändern können mithilfe von Kinder-, Jugend – oder Schulparlamenten sowie Kinderanwältinnen, welche es in manchen Kommunen gibt. Das ist für sie sehr relevant. Das heißt aber auch, dass es entscheidend ist, die Jugendlichen wirklich abzuholen, zu begeistern und überzeugen zu können, dass dies, was behandelt wird, relevant für ihr Leben, für ihren Alltag ist und sie wirklich etwas mitnehmen können.

Zu der genannten Studie, die schon beantwortet wurde, möchte ich einen Aspekt erwähnen: Die Nutzung von sozialen Medien – auch im Unterricht – und die Fähigkeit der Lehrkräfte, damit umzugehen. Es wurde erwähnt, wie intensiv soziale Medien direkt im Unterricht involviert werden – in der schulischen Bildung, aber auch in der außerschulischen Bildung. Die Vergleiche mit anderen Ländern haben gezeigt, dass in Deutschland die sozialen Medien im Unterricht sehr wenig eingesetzt werden, anderen Ländern dagegen sehr intensiv. Wir wissen, dass sich die Jugendlichen die meisten Informationen – wenn nicht aus ihren Peergroups – vor allem aus den sozialen Medien holen, was sehr eng miteinander zusammenhängt. Wenn das Wissen bei den Erwachsenen, bei den schulischen und den außerschulischen Lehrkräften aber nicht vorhanden ist, wie sie mit sozialen Medien umzugehen haben, welche Themen aktuell sind, welche Themen gerade besprochen werden und was die Jugendlichen gerade bewegt, dann wird dies auch im Unterricht nicht eingesetzt und die Schüler fühlen sich nicht abgeholt. Es war für mich eine der zentralen Messages – auch der Studie –, dass hier – vor allem auch in Nordrhein-Westfalen – wirklich Nachholbedarf besteht, sich mit der Nutzung von sozialen Medien auseinandersetzen zu können, um wirklich fit zu sein. Es ist eines der zentralen Themen bei uns – auch in der außerschulischen politischen Bildung –, dass wir uns fortbilden und immer schauen, welche Medien genutzt werden.

In der außerschulischen politischen Bildung sind auch viele 40-Jährige unterwegs. 40-Jährige nutzen Facebook. Wenn ich mir meine Tochter anschau, dann muss ich feststellen: mit Facebook kann sie gar nichts anfangen. Auch wir 40-Jährigen wissen, dass es Instagram und TikTok gibt, müssen uns da aber einarbeiten, um wirklich zu wissen, wie diese Medien funktionieren und welche Themen dort bespielt werden. Nur dann können wir authentisch mit den Jugendlichen arbeiten. – Danke schön.

Helmut Seifen: Dass Demokratie unbestritten das wichtigste Thema überhaupt ist, da sind wir – glaube ich – im Konsens. Denn letztlich geht es darum, wie jeder Einzelne im Verhältnis zu den jeweiligen Machthabern und zu Machtstrukturen steht. Es ist natürlich von großer Bedeutung, dass jeder Einzelne weiß, wie dieses Verhältnis ist, und

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

welche Einflussmöglichkeiten er hat. Insofern ist das Thema Demokratie von sehr großer Wichtigkeit.

Trotzdem – weil danach gefragt worden ist –, bin ich skeptisch und lehne diese Woche der Demokratie ab – selbst dann, wenn der Antrag weniger tendenziös wäre, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens. Es ist gerade schon gesagt worden, dass Demokratie nicht innerhalb einer Woche zu erfahren ist. Das ist ein langer Prozess und die Ansichten der jeweiligen Personen ändern sich auch, vor allen Dingen aufgrund der Tatsache, dass die intellektuelle Reife bei Kindern unterschiedlich ist.

Kinder erleben aber Demokratie. Schon in der Familie erleben sie Mitbestimmung – je nachdem, wie die Familie ist. In optimalen Familien erleben sie das schon relativ früh. Sie erleben es auch in der Schule. Das Schulmitwirkungsgesetz, das natürlich in das Schulgesetz hineingeholt wurde, erlaubt eine Reihe von Mitbestimmungsmöglichkeiten. Das muss ich hier jetzt nicht erläutern, denn dann wird meine Äußerung zu lang. Natürlich kommt es immer darauf an, wie Schulleitung, Lehrer und Vertrauenslehrer das Ganze leben. Ich selbst habe sehr positive Erfahrungen mit der Schulmitwirkung gemacht und habe erlebt, dass so mancher Schülersprecher vernünftiger war als der eine oder andere. Ich persönlich habe nur positive Erfahrungen mit dieser Schulmitwirkung gemacht. Wenn man Menschen ernst nimmt, dann handeln sie auch so.

Zweitens. Zu den Fächern: Wir haben das Thema Demokratie im Grunde genommen – ich war Geschichtslehrer – ab der Klasse 6 ständig, wenn der Geschichtsunterricht anfängt: Angefangen mit Athen und Rom, was keine reine Demokratie war usw. Aber selbst andere Systeme, monarchische Systeme hatten Mitbestimmungsmöglichkeiten. All das wird intensiv durchgesprochen.

Das ist auch notwendig, weil Demokratie nicht einfach irgendetwas ist. Das ist ein diffuser Begriff, und die Menschen stellen sich völlig unterschiedliche Dinge darunter vor. Sie haben Vorstellungen, die von ihren eigenen Erfahrungen und Zielsetzungen geprägt sind. Ein Sozialist wird Demokratie anders verstehen als etwa ein Konservativer – nicht grundsätzlich anders, aber modifizierend anders. Wir hatten eine Deutsche Demokratische Republik. Die Machthaber dort haben auch behauptet, dass sie eine Demokratie hätten. Und was ist mit dem Deutschen Kaiserreich? War das eine Demokratie? War das keine? Es wird als dilatorischer Kompromiss angesehen. Sie sehen: Es ist ein schwieriges Feld, das man nicht einfach so ohne Weiteres als gesichert erleben kann.

Es muss ein Grundwissen über die Möglichkeiten demokratischer Strukturen und auch über den Missbrauch demokratischer Strukturen vorhanden sein, um Schüler in so eine Projektwoche zu schicken. Denn Projektwochen sind zwar – Gott sei Dank und auch glücklicherweise – losgelöst von den Fächern – das soll auch so sein, denn dafür sind Projektwochen –, aber man kann natürlich nicht völlig losgelöst irgendetwas machen, von dem die Schüler keine Ahnung haben. Insofern docken Projektwochen oder die Themen, die man findet, immer an das an, was Schüler eigentlich schon wissen und wovon sie Ahnung haben.

Beim Thema Heimat etwa, kann man alte Gutshöfe besuchen und dort erfahren, wie sich das Leben von Bauern verändert hat. Alle diese und viele andere Dinge kann man

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

da nachvollziehen. Oder im Ruhrgebiet die Industrialisierung und der Rückgang der Industrien – all das kann man in Projektwochen wunderbar eruieren. Ich frage mich: Wenn wir jetzt in England wären, würden wir dann eine Projektwoche Monarchie machen? Würden wir eine Projektwoche Aristokratie machen? Da bin ich mir jetzt nicht sicher. Ich hätte da zumindest Bauchschmerzen.

Wir machen eine Projektwoche Demokratie mit all diesen Facetten, die demokratisches Leben in sich hat. Ich glaube, die Kinder wären überfordert und die Gefahr, dass irgendeine Bekenntnis-Projektwoche stattfindet, ist einfach zu groß, und zwar erstens aus der Überforderung heraus und zweitens folgen die meisten Menschen natürlich dem Zeitgeist. Das ist normal. Wir wollen die Schüler nicht zu Gefolgsleuten erziehen, sondern zu mündigen Bürgern und Bürgerinnen.

Dazu verhilft der Unterricht, den ich nicht so pessimistisch sehe, wie das hier angeklungen ist. Es wird Demokratie nicht nur im Geschichtsunterricht angesprochen, sondern auch im Politikunterricht, wo logischerweise demokratische Strukturen dargelegt werden – ebenso im Philosophieunterricht. Das kommt eigentlich in allen geisteswissenschaftlichen Fächern vor – auch in der Oberstufe. Es stellt sich die Frage, wie man das jetzt in den mittleren Schulformen schafft. Da müsste man überlegen. Auch da wäre eine Projektwoche – ehrlich gesagt – eigentlich falsch.

Zu der letzten Frage: Wir erleben jetzt, dass wir eine sehr aufgeheizte Stimmung haben. Wir haben Demonstrationen, die aufgrund von Informationen stattfinden, deren Wahrheitsgehalte doch sehr zweifelhaft sind – wenn ich das einmal sehr vorsichtig ausdrücken darf. Da wurden also Massen auf die Straße gebracht, weil sie einer guten Sache folgen wollten, nämlich, die Demokratie zu stärken. Aber wir müssen aufpassen, dass wir den Diskurs weiterhin zulassen und nicht in eine Situation kommen, in der Wortmelder plötzlich als Demokratiefeinde etikettiert werden. Die Gefahr besteht gerade bei jungen Leuten, gerade bei Schülern und Schülerinnen, die sich nicht wehren können und dann von den jeweiligen Lehrern vielleicht zum Plakatkleben oder zu Meinungsäußerungen angeleitet werden, die sie möglicherweise selbst nicht unterstützen. Beispiele dafür gibt es genug, die möchte ich jetzt nicht anführen.

Insofern glaube ich, dass es sehr wertvolle Themen für Projektwochen gibt, sich dieses Thema aufgrund der Komplexität und der Einflussnahme aber nicht eignet. – Vielen Dank.

Anne Deimel (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW):

Ich bedanke mich auch und komme zur ersten Frage: Welche kritischen Partner sehe ich neben dem Schulbereich? Ich möchte wie folgt beginnen: Demokratie, Bildung ist zwar auf die einzelne Lehrkraft und auf jeden Beschäftigten in der Schule angewiesen, aber richtig funktionieren tut sie eben nur dann, wenn wir gesamtgesellschaftlich agieren.

Die Partner, die sich daraus ergeben, haben damit zu tun, dass Demokratie verschiedene Bereiche hat, die alle ihren Platz haben müssen: Demokratie als Staatsform, als Gesellschaftsform, aber eben auch als Lebensform. Da ist Demokratie nicht nur für das Individuum wichtig – Wo kann ich mich einbringen? Wo kann ich etwas erreichen? –,

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

sondern es stellt sich die Frage: Wie gestalte ich mein eigenes Leben in dieser Gesellschaft mit den Menschen um mich herum, in der Gruppe und weiter gesehen? Welche Partnerkooperationen oder Unterstützungssysteme sehe ich? Das ist bestimmt nicht abschließend, aber es hat natürlich vor Ort damit zu tun.

Ganz wichtig für die Politik und für die Schulen in den Kommunen sind natürlich auch die Stadträte. Was macht der Rat der Stadt eigentlich? Dann kommt der Bezirk, das Land, aber auch der Bürgermeister. Wie wird man Bürgermeister? Was macht der? Wie kann ich als Schule den Kindern ermöglichen, Kontakt zum Bürgermeister oder zur Bürgermeisterin aufzunehmen? Dann gibt es natürlich noch anerkannte demokratische Organisationen oder den Besuch von Gedenkstätten und Erinnerungsorten in NRW. Ein Beispiel dafür sind auch die Stolpersteine. Das ist zwar kein Ort, aber eine wirklich tolle Aktion, die oft von Schülerinnen und Schülern ausgeht. Da ist es einfach wichtig, dass die Idee, die von den Schülerinnen und Schülern kommt, dann nicht nur von der Schule, sondern auch von dem gesellschaftlichen Umfeld vor Ort, von den demokratischen Gruppen und von der Politik mit unterstützt wird. Dann gibt es noch kirchennahe Träger und die Kirche überhaupt oder die Landeszentrale für politische Bildung als Ausrichter von Demokratiewettbewerben.

Was ich auch – darauf haben Sie schon hingewiesen – immer mehr sehe, ist die Medienbildung. Im Hinblick darauf ist festzustellen, dass Kinder und Jugendliche sehr stark geprägt werden, zum Beispiel durch TikTok. Wir dürfen die Kinder mit den Bildern, die sie da für sich entwickeln, und mit dem, was sie da als allgemeingültig erleben, schlichtweg nicht allein lassen. Wir erleben aber, dass hohe Prozentzahlen der Beschäftigten in den Schulen – auch bewusst –, nicht bei TikTok sind. Trotzdem können wir natürlich auch nicht sagen: Wir lassen die Kinder alleine.

Demzufolge habe ich schon überlegt, ob die Schule TikTok beitrifft, damit die Lehrkräfte sich wenigstens informieren können, was die Kinder da sehen und welche Informationen sie dort bekommen, damit sie entsprechend reagieren können. Aber das ist ein großer Bereich der Medienberatung, der in Zukunft bestimmt noch ausgebaut werden muss.

Alles ist wichtig, wo wir Kooperationen pflegen – es gibt viele Stiftungen, die in dem Bereich tätig sind –, damit Demokratie auch durch Partizipation erfahrbar wird. Ein Teil ist das Wissen, aber daneben muss man sich auch – das wurde eben gesagt – begeistern lassen. Ich sehe das genauso. So, wie wir leben möchten, das müssen wir als begeisterndes Thema empfinden. Wenn man sich damit beschäftigen und das in der Schule und in der Gesellschaft drum herum erlebbar machen kann, dann kann Selbstwirksamkeit für die Schülerinnen und Schüler erfahrbar werden. Dann ist es – glaube ich – für sie kein Thema mehr, ob sie sich für Demokratie begeistern und sich dafür einsetzen, in welcher Gesellschaft sie leben wollen.

Ja, Herr Wedel, das ist interessant. Auch wir haben uns vor dieser Anhörung natürlich angeschaut, ob die Internetseite erschienen ist, die für nach den Osterferien zu dem Projekt Demokratiekompetenz des MSB angekündigt wurde. Wir haben sie nicht gefunden. Vielleicht liegt es – da kann man sich nur schütteln.

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Wir haben dazu zwei Positionen. Auf der einen Seite können sich bis zu 250 Schulen beteiligen und bewerben. Es geht um die sechste bis achte Schulklasse. Dann sind es hinterher 25 Schulen, die sich intensiver mit Projekten beschäftigen dürfen und bessere, noch vertiefende Angebote erhalten. Das ist ein guter Baustein. Es ist ein gutes Signal, damit der Begriff Demokratie, Demokratiebildung und Demokratiekompetenz in die Öffentlichkeit kommt. Auf der anderen Seite ist aber natürlich auch klar – wir haben Tausende von Schulen in NRW –, dass das MSB für alle Schulformen und Schulorte in diesem Land verantwortlich ist. Hier geht es nur um die sechste bis achte Klasse. Da muss man einfach fragen: Wo sind die Grundschulen?

Wir erleben immer wieder, dass bei den Unterstützungssystemen zuerst die weiterführenden Schulen kommen. Das war auch so, als die Hamas Israel überfallen hat und 250 Geiseln genommen wurden. Da geht man als Lehrkraft – darüber haben wir vorhin noch gesprochen – nicht in die Schule und denkt: Super, dafür bin ich ausgebildet. Denn man weiß überhaupt nicht, was kommt. Man geht mit einem mulmigen Gefühl. Denn normalerweise hat man gelernt, wo man Informationen herbekommt, woran man sich wenden kann und welche Inputs man gegebenenfalls mit ins Lehrerkollegium nehmen kann. Aber im Endeffekt ist es eine sehr unsichere Situation.

Auch da war es so, dass die Materialien – das war sehr positiv –, für die Schulen sehr schnell eingestellt wurden, aber nicht für Grundschulen und auch nicht unter dem inklusiven Gedanken. Ich finde, das muss mehr in die Politik und auch ins Ministerium, dass immer komplett gedacht wird. Von den Jüngsten bis hin zum Beruf müssen alle mitbedacht werden. Denn bei diesen Themen ist keine Schulform ausgeschlossen. Das betrifft alle. Wenn es bei den Kleinsten manchmal nicht die Kinder selbst sind, dann sind es die Eltern, die mit den Themen in die Schule kommen.

Ich weiß jetzt nicht mehr genau, was in der Stellungnahme von Herrn Hüttemeier stand, aber es wurde kurz die Problematik angesprochen, dass es überhaupt keine diskriminierungsfreien Räume in unserer Gesellschaft gibt und demzufolge auch nicht in der Schule. Das Ziel in den Schulen ist ein friedliches und diskriminierungsfreies Zusammenleben. Diese Querschnittsaufgabe verfolgen wir in den Schulen. Das erfordert regelmäßige Reflektion und deutliche Unterstützung von außen. Es ist oft nicht so einfach.

Mir hat mal jemand gesagt, bei ihm wäre das kein Problem. Dann habe ich ihm ein paar Äußerungen oder Handlungsweisen von Schülern aufgezählt. Da einzuordnen, was wirklich Rassismus, was Diskriminierung und was freie Meinungsäußerung ist, die mir als Bürger in diesem Land zusteht, das ist an vielen Stellen sehr schwammig. Da brauchen Schulen aus meiner Sicht mehr Unterstützung.

Dann gab es noch die Frage nach dem Wählen: Wer partizipiert? Wer geht wählen? Dazu möchte ich noch einmal betonen: Das geht nur, wenn wir Demokratiebildung sowohl strukturell als auch systemisch mit dem Ziel der langfristigen Wirkung aufbauen – in den Bildungsinstitutionen, aber auch gesamtgesellschaftlich immer intensiver zum Thema machen.

Ich kenne super Projekte bereits aus Grundschulen. Bundeskanzler: Wie wird man Bundeskanzler? Was macht er eigentlich? Was ist mein Teil dabei? Was macht ein Bundespräsident? Was macht das Parlament? Für die jüngeren Schülerinnen und Schüler ist die Kommune vor Ort natürlich oft das, was sie wirklich erleben können. Aber auch für die Älteren ist das die einzige Chance, Begeisterung für demokratische Themen, Partizipation und Selbstwirksamkeit zu ermöglichen. Projekte, die hinterher ins Leere laufen, frustrieren nur. Man muss sich gut überlegen, wo genau man ansetzt.- Danke.

Ayla Çelik (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Auch von mir danke für die Einladung. Die Überschrift der Anhörung ist „Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht.“ Ja, das ist richtig. Das müssen wir unterstreichen. Das ist tatsächlich eine Aufgabe, die alle angeht, weil die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie auf dem Spiel steht. Denn Bildung und Demokratie müssen Hand in Hand gehen. Politische Bildung ist dabei eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe für alle.

In der Schule bedeutet das auch, dass das nicht auf bestimmte Fächer reduziert werden darf, sondern eine bestimmte Haltung dahinterstehen sollte. Deshalb ist so eine Woche zur Demokratieförderung richtig und wichtig, nur darf sie nicht selektiv als eine Einzelmaßnahme gesehen werden, sondern muss in eine Schulkultur und Schulstruktur eingebettet werden, die so implementiert ist, dass das Blitzlichter dieser Haltungen sind, aber nicht Einzelmaßnahmen.

Ich denke, dass Demokratiebildung – oder anders ausgedrückt: die Anerkennung demokratischer Grundwerte – nicht dem Zufall überlassen werden darf – ganz nach dem Motto: In den Familien oder im sozialen Umfeld wird das schon stattfinden –, sondern es ist die Pflicht von uns allen, vor allem aber von den politisch Verantwortlichen, dafür zu sorgen, dass Demokratiebildung stattfindet, und zwar über gute Bildung sowie über Schaffung von Ressourcen – vor allem Zeitressourcen – für die Kolleg*innen vor Ort, um das tatsächlich gut und didaktisch sowie pädagogisch wertvoll erfüllen zu können. Denn davon – ich wiederhole mich – hängt die Wehrhaftigkeit und die Zukunft unserer Demokratie ab.

Demokratie ist tatsächlich die einzige Staatsform, die auf aufgeklärte Menschen angewiesen ist. Diese aufgeklärten Menschen müssen wir über gute Bildung und über Förderung ihrer politischen Handlungskompetenz befähigen, die Demokratie zu verteidigen. Ich denke, dass die Brandmauer gegen rechtsextreme Tendenzen oder gegen menschenfeindliche Haltungen beginnt in unseren Bildungseinrichtungen. Ich behaupte: Das beginnt sogar in der frühkindlichen Bildung, wo Räume geschaffen werden müssen, den Kindern spielerisch die Möglichkeit zu geben, unterschiedliche Haltungen oder Meinungen zu verstehen und spielerisch anzuerkennen, dass anders sein keine Gefahr bedeutet, sondern auch als Bereicherung angesehen werden kann. Das heißt: Die Partizipation muss erfahrbar und erlernbar werden. Das geht nur, indem wir die Kinder und Jugendlichen früh genug befähigen, sich selbst im geschützten Raum ganz ohne Manipulation auszuprobieren.

Für mich sind unsere Erzieher*innen und Lehrer*innen diejenigen, die die Demokratie verteidigen. Es ist sogar ihre Pflicht, mit den entsprechenden Ressourcen die Kinder dafür fit zu machen und Partizipation erlebbar zu machen. Lernen bedeutet in seiner Reinkultur: Verhaltensveränderung. Wenn wir diese Verhaltensveränderung nur über das mündliche oder vorgetragene durchführen, dann findet Lernen nicht statt. Es gibt Studien, die besagen: Alles, was ich höre, vergesse ich nach einer Stunde. Alles, was ich schreibe oder selbst lese, vergesse ich erst nach so und so langer Zeit wieder, aber alles, wobei ich aktiv war und in Aktionen handelnd erlebt habe, ist nachhaltig. Von daher ist so eine Woche natürlich wichtig, weil das erlebt wird. Es sollte aber nicht darin erschöpft sein, dass es nur da stattfindet.

Die aktuellen Ereignisse und Entwicklungen zeigen, dass politische Bildung tatsächlich früh genug ansetzen muss und als Querschnittsaufgabe sogar in der Lehrkräfteausbildung in der ersten und zweiten Phase etabliert werden müsste. Denn derzeit läuft es so ab, dass wir Lehrkräfte ausbilden, die nach ihrem Referendariat sozusagen ins kalte Wasser – nämlich in die jeweiligen Bildungseinrichtungen je nach Schulform – geworfen werden. Dann können sie entweder überleben oder gehen unter und resignieren. Ich glaube, es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Lehrenden über Fortbildung befähigt werden, über wertvolle didaktisch-pädagogische Maßnahmen, die Lernenden – also die Kinder und Jugendlichen – zu befähigen. Das müssen wir als Doppeldecker verstehen: Erstmal die einen befähigen, dass sie die Kinder – also ihre Schülerinnen und Schüler – befähigen können.

Es wurde auch gefragt, inwieweit der Anteil politischer Bildung je nach Schulform unterschiedlich ist. Ich glaube der Hinweis darauf, dass über die unterschiedlichen Schulformen bereits eine Selektion stattfindet und der Hinweis darauf, dass eine Kumulation von Schüler*innen mit einem bestimmten sozioökonomischen Hintergrund in bestimmten Schulformen in Regionen landen, wo diese Schulen in strukturschwachen Gebieten sind, da ist ja auch – ich mache eine Schleife – der Lehrkräfte- und Fachkräftemangel in genau diesen Bereichen viel stärker. Es wurde immer gesagt: In Gymnasien ist politische Bildung angesiedelter oder wird eher behandelt. Das ist auch der Tatsache geschuldet, dass bestimmte Kinder mit einem bestimmten sozioökonomischen Hintergrund über Selektion gezielt in bestimmten Schulformen landen.

Da gilt es tatsächlich diese Differenzierung aufzuheben und zu sagen: Politische Bildung fördern, bedeutet auch Armutsbekämpfung. Wir müssen da dran, weil ressourcenarme Familien nicht die Möglichkeiten haben. Da müssen wir als Staat – als politisch Verantwortliche – in die Bresche springen. Insofern ist es richtig, auch Armutsbekämpfung und rassismuskritische Themen in der Schule zu verorten. Denn wo sonst sollen demokratiefeindliche Positionen, die geäußert werden, in geschütztem Raum analysiert werden, und zwar wertneutral, sodass Kinder und Jugendliche überhaupt eine Chance haben, sich tatsächlich angstfrei ohne Manipulation da dran zu wagen und im besten Falle eigene Lösungen zu entwickeln. Das muss jenseits von subjektiven Zuschreibungen sein, sodass wir es dadurch schaffen, dass unsere Kinder und Jugendlichen Populisten und einfachen Lösungen nicht auf den Leim gehen.

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

An mich speziell war noch die Frage hinsichtlich der Erinnerungskultur und Verbote etc. gerichtet. Uns erreichen tatsächlich Informationen, dass besonders im europäischen Raum – da gab es zum Beispiel Fahrten nach Polen usw. –, die finanzielle Förderung gestrichen wird. Wo finanzielle Förderung fehlt und finanzielle Mittel nicht genehmigt werden, findet dies dann auch nicht statt. Uns wurde auch mitgeteilt, dass Gedenkstätten in der Nähe von ZfsLs nicht mehr aufsuchbar sind. Diese Rückmeldung gibt es zum Beispiel aus Dortmund. Da gibt es die Gedenkstätte Steinwache. Sicherlich können wir dazu noch bilateral ins Gespräch kommen und ich kann konkretere Beschreibungen geben. Ich hoffe, ich habe nichts vergessen.

Ich unterstütze selbstverständlich auch alles, was zuvor hinsichtlich der Möglichkeiten der Stärkung der Selbstwirksamkeit genannt wurde, wie vor allen Dingen Planspiele. Hier kommt aber vor allem der Schülervertretung eine besondere Rolle zu. Denn die Selbstwirksamkeitserfahrung muss in der Schule auch dazu führen, dass Schülerinteressen, die sie selbst vertreten, dann tatsächlich umgesetzt werden. Insofern frage ich mich – ich war über 20 Jahren in der Schule –, warum wir bei SV-Wahlen nicht rote Boxen aufstellen und Schüler einzelne Wahlzettel bekommen, um diese einzuwerfen. Dann könnte die Schülervertretung in der Aula tatsächlich damit werben, wofür sie einstehen. Das heißt: Wenn wir tatsächlich wollen, dass die politische Partizipation durch Schule oder Bildung in Form von mündigen Bürgern gestärkt werden soll, dann müsste auch der Gang zur Wahlurne in der Schule angesiedelt sein. – Danke.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Vielen Dank, Frau Çelik. Ich schaue in die Runde. Gibt es weitere Wortmeldungen bei den Kolleginnen und Kollegen? – Frau Kollegin Müller-Witt.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Ich würde gerne noch einmal auf Frau Professorin Dr. Pickel und Herrn Professor Dr. Blätte eingehen. Sie hatten sehr eindrucksvoll die Unwucht im Vergleich der verschiedenen Schulformen geschildert – sowohl die Berufskollegs als auch der Knick bei der mittleren formalen Bildung. Haben Sie Vorschläge, wie man an diese Bereiche gezielt herangehen kann, um dort eine bessere Unterstützung zu geben? Das war die erste Frage.

Dann habe ich eine Frage zum Alter an Frau Professorin Dr. Pickel, Herrn Professor Dr. Blätte, Herrn Wölfel, Herrn Zajic, Frau Deimel und Frau Çelik: Wann sollte man mit der Vermittlung von Demokratiekompetenz beginnen? Das schwankte in den Antworten sehr stark. Teilweise bewegte es sich in der weiterführenden Schule, dann kam die Grundschule dazu und in den Stellungnahmen kam durchaus auch die Kita dazu – natürlich auf einem ganz anderen Niveau. In welcher Altersgruppe plädieren Sie dafür, dass man – in welcher Form auch immer – für das Thema sensibilisiert und Selbsterfahrungserlebnisse vermittelt? Das scheint auch das zu sein, was hinterher nachwirkt.

Als letztes noch eine Frage an Frau Deimel. Sie haben dargestellt, dass Schulen für ein lebendiges, demokratisches Miteinander nicht nur Zeit benötigen, sondern auch eine entsprechende Ausstattung sowie die Möglichkeit zur vielfältigen Fort- und Weiterbildung. Da stellt sich mir die Frage: Wie könnten Sie sich das vorstellen? – Wir

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

haben diesen Antrag gestellt, weil wir die Defizite in unserer Gesellschaft derzeit besonders vor Augen geführt bekommen. Man kann es zwar nicht aus dem Hut zaubern, aber: Haben Sie als Fachverband schon einmal Überlegungen angestellt, wie man dort verstärkt Impulse setzen kann? Es scheint ja bitter nötig zu sein.

Dirk Wedel (FDP): Vielen Dank an die Sachverständigen für die bisher abgegebenen Stellungnahmen. Ich habe eine Frage an Herrn Wölfel, der in seiner Stellungnahme empfohlen hat, noch eine wissenschaftliche Evaluation der Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen in dem Bereich vorzunehmen. Mich würde interessieren, was Ihnen da konkret vorschwebt. Sie haben geschrieben, dass viele Konzepte noch in den Kinderschuhen stecken. Wo sehen Sie noch konkreten Bedarf? Wo sollte man da noch einmal anpacken? Das ist die eine Frage.

Die andere Frage geht an Herrn Professor Dr. Blätte. Noch eine Nachfrage zu dieser Studie, auf die ich gerade Bezug genommen hatte. Sie hatten es jetzt wieder irgendwo in der unteren Mitte oder so eingeordnet. Gibt es denn auch positive Beispiele hier in Deutschland? Das würde mich auch noch mal interessieren, kombiniert mit der Frage, die Sie auch in Ihrer Stellungnahme angesprochen hatten, dass also vor allem in den nicht weiterführenden Schulen zu wenig politische Bildung im Sinne von kompetenzorientierter Demokratiebildung stattfindet. Ist das der Grund, weshalb zum Beispiel auch NRW in dieser Studie nicht ganz so doll abschneidet? Gibt es an der Stelle auch innerhalb Deutschlands Beispiele, wo das besser gemacht wird? – Danke.

Andreas Keith (AfD): Ich habe zwei Nachfragen, und zwar an Herrn Seifen und an den VBE.

Herr Seifen, Sie haben gerade kurz angesprochen, dass der Beutelsbacher Konsens die Lehrkräfte verpflichtet, sich politisch neutral zu verhalten. Andererseits sollen Lehrkräfte den Schülern auch Orientierung geben, sodass sie in politischen Fragen durchaus ihre eigene Position entwickeln und diese dann auch mitteilen können. Eine Frage wäre hier, wie in diesem Spannungsverhältnis zwischen der Pflicht zur Neutralität auf der einen Seite und der Notwendigkeit einer eigenen Positionierung auf der anderen Seite, den Schülern Orientierung gegeben werden kann – gerade im Hinblick auf den Beutelsbacher Konsens.

Es geht auch um die Frage, welcher Lehrer in welcher Projektwoche zum Beispiel die Aussagenbeispiele darlegt? Ist es jetzt zum Beispiel die Aussage von einem CDU-Politiker, einem SPD-Politiker oder einem AfD-Politiker? Wie wird das gehandhabt? Es gibt kein generelles Konzept, wie man so etwas ausgestaltet.

Die Frage an den VBE geht ein bisschen in dieselbe Richtung. Sie haben in Ihrer Stellungnahme geschrieben, dass ein Beitrag zu der Unsicherheit bedauerlicherweise auch die Erzählung leistet, dass der Beutelsbacher Konsens ein Neutralitätsgebot im Sinne eines Verbotes für Lehrkräfte vorschreibt, sich im politischen Kontext professionell zu äußern. Wenn das so wäre, würden Sie praktisch einen Freifahrtschein für die Lehrkräfte ausstellen und sagen: Ihr könnt euch jetzt politisch auch entsprechend mit Beispielen äußern, wie ihr möchtet, und könntet auf andere, zum Beispiel extremistische

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Formen, abheben. Es wird jetzt immer wieder auf den Rechtsextremismus – bei aller Berechtigung, das will ich gar nicht in Frage stellen – abgehoben, aber es gibt genauso gut islamistischen Extremismus. Es gibt einen Linksextremismus. Also: Wer legt das fest? Wie kann es sein, dass ein Lehrer dann selbstständig ohne Vorgaben festlegt, wie die Sache aussieht im Hinblick auf diesen Beitrag, den Sie dann in Ihrer Stellungnahme aufgelistet haben?

(Elisabeth Müller-Witt (SPD): Auf der Grundlage unserer Verfassung.)

Das habe ich nicht gefragt. Sie sollten mir zuhören, Frau Müller-Witt. Ganz einfach.

(Elisabeth Müller-Witt (SPD): Ich habe sehr genau zugehört.)

Vorsitzender Klaus Vossemer: Meine Damen und Herren, auch bei Verständnis für manche Erregung, möchte ich Sie doch bitten, dass wir mit den Sachverständigen kommunizieren. Als nächstes hat der Kollege Okos das Wort.

Thomas Okos (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Bei den vorangegangenen Fragestellern ist schon einiges herausgestellt worden, was wir auch gerne gefragt hätten. Deshalb richte ich noch zwei Fragen an Herrn Zajic.

Erstens. Inwiefern ist ein vielfältiges Angebot zur politischen Bildung über digitale Medien, aber auch offline mit Angeboten vor Ort notwendig, um Menschen aller Altersgruppen zu erreichen?

Zweitens. Für wie praktikabel sehen Sie eine Woche der Demokratie in Schulen, in Kitas, in Berufskollegs und vielleicht auch in Unis?

Verena Schäffer (GRÜNE): Ich erlaube mir eine kurze Anmerkung, und zwar, dass Schule kein neutraler Ort ist, sondern Schule und vor allem auch Lehrkräfte haben ganz klar die Aufgabe – auch nach dem Schulgesetz –, sich für Demokratie und Menschenrechte einzusetzen. Ich würde mich freuen, wenn hier einige Sachverständige der AfD noch einmal den Beutelsbacher Konsens erklären könnten. Das fände ich sehr angebracht.

Ich habe noch eine Nachfrage. Ich hatte vorhin in meiner Frage auf die Fortbildung von Lehrkräften abgehoben. Ich würde gerne noch einmal das Thema Ausbildung ansprechen, inwiefern das Thema Demokratie auch bereits in der Ausbildung ein verpflichtendes Element sein muss.

Dann könnte man sicherlich auch darüber reden, für welche Fächer. Ich fände es spannend, wenn Sie dazu noch etwas sagen könnten.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Vielen Dank. Dann schaue ich noch einmal auf unser Tableau. Ich gehe davon aus, dass alle Sachverständigen gerne noch einmal zu Wort kommen möchten, weil Fragen an alle gerichtet worden sind. Dann beginnen wir wieder mit Frau Professorin Dr. Pickel und Herrn Professor Dr. Blätte, bitte schön.

Prof.'in Dr. Susanne Pickel (Universität Duisburg-Essen): Danke schön. Ich würde gerne eines vorwegschicken, weil ich glaube, missverstanden worden zu sein. Ich bin nicht gegen eine Projektwoche, sondern ich bin gegen eine Projektwoche, die das einzige Mittel für Demokratieausbildung ist. Wenn die Projektwoche einen Startpunkt für ein Thema bildet, mit dem man sich über das Schuljahr befasst, zum Beispiel Europawahlen und der Einfluss auf Schüler, Schule und Bildung, dann finde ich eine Projektwoche sehr wichtig. Sie ist noch wertvoller, wenn sie als Startpunkt dazu dient, dass Schüler und Schülerinnen sich in ihrer politischen Rolle wertschätzen. Man wertschätzt Schüler, indem man sie ernst nimmt, indem man sie beibringt und an einem Thema arbeiten lässt.

Denn Demokratie ist keine Ideologie, sondern ein politisches Ordnungssystem und noch wichtiger eine Lebensform. Demokratie spielt sich auch im privaten und nicht nur im politischen Raum ab. Ich könnte mir viele Formen für Projektwochen vorstellen, die über Schulen hinausgreifen. Die Landeszentrale könnte zum Beispiel ein Partner sein.

Sie haben TikTok angesprochen. TikTok-Videos zu drehen ist eine einfache Geschichte. Sie werden auch als einfache Videos angenommen. Man könnte sich zum Beispiel vorstellen, interaktive Elemente zu erarbeiten und sie einzusetzen. Es könnte einen Wettbewerb geben, TikTok-Videos zu prämiieren und diese dann für das Thema in der Landeszentrale als Mittel der politischen Bildung für die entsprechende Altersgruppe einzusetzen.

Dann komme ich direkt zu den Fragen bezüglich der Unwucht bei den Schulformen und was man machen könnte. Die Antwort ist aus meiner Sicht relativ einfach: Bessere und stärkere Aus- und Fortbildung sowie mehr Geld investieren. Denn wenn ich kein Geld habe, um Personal vor- und auszubilden sowie Lehrkräfte zu empowern – ich sage erst einmal: zu befähigen –, Demokratie zu lehren bzw. zu erklären, was Demokratie ist und Demokratie vorzuleben, dann werde ich dort nicht viel erreichen.

Wir sehen gerade in den nicht weiterführenden Schulen, dass der fachfremde Einsatz von Lehrkräften dazu führt, dass Demokratie nicht in der Form vermittelt werden kann, die ihr guttäte und die ihr auch entspräche. Das hat tatsächlich damit zu tun, dass es an Lehrkräften mangelt. Das ist eine finanzielle Geschichte. An dem Punkt muss man, eine grundsätzliche Entscheidung treffen, woin man letzten Endes investieren möchte.

Politische Neutralität heißt nicht, dass Demokratie nicht vermittelt werden soll und kann. Demokratie ist in der politischen Ausrichtung zunächst einmal eine neutrale Sache. Wo Demokratie hinsteuert und welche Ausprägung sie hat, das entscheiden die Bürgerinnen und Bürger durch ihr Wahlverhalten und durch die Betonung bestimmter Werte.

Extremismus hat eine klare Definition. Da muss ich nicht rumeiern, denn das ist vollkommen klar. Die ideologische Ausbildung des Extremismus lässt sich ebenso festhalten. Aber was Extremismus ist, ist klar formuliert und auch als solches nachzulesen.

In der Fort- und Ausbildung von Lehrkräften sollte Demokratie einen wichtigen Inhalt darstellen. Verbeamtete Lehrer*innen haben einen Amtseid geleistet – Professoren im

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Übrigen auch –, zum Erhalt der Demokratie beizutragen. Das Grundgesetz spielt hierbei eine wesentliche Rolle.

Das begegnet mir auch, wenn ich mit Lehrkräften arbeite: Was soll ich denn da tun? Ich sage immer: Zuerst einmal sich an den Amtseid erinnern. Dann habe ich einen guten Hinweis, wie ich vorgehen kann. Deswegen ist es ein wichtiger Punkt, wie ich Demokratie als Mittel und als Lebensform in der Schule und in meinem Unterricht einsetze – vielleicht auch in Form einer Projektwoche als Ausgangspunkt für die Integration demokratischer Mittel und Verfahren in eine eigentlich hierarchische Organisation, nämlich Schule. Sie ist so gedacht, dass der Lehrer oder die Lehrerin natürlich über den Schülern steht. Die Schüler untereinander aber haben keine Hierarchie. Wenn ich ihnen beibringen kann, wie ich demokratisch vorgehe und nicht nach der Methode „einer kriegt alles Spielzeug“, sondern dass man aushandeln muss, wer was bekommt, dann kann ich damit schon relativ früh beginnen. Die Frage wollte eigentlich mein Kollege Professor Dr. Blätte beantworten. – Danke schön.

Prof. Dr. Andreas Blätte (Universität Duisburg-Essen): Ich beginne mit zwei Fragen: Wen können wir wann abholen? Wann können wir sie abholen? Ich fange an, indem ich noch einmal einen Befund aus unserer Erhebung zum Demokratiebericht deutlich hervorhebe.

Wir haben je nach Schulform und Bildungsgang Abstufungen bei allen relevanten Variablen, die auf die Demokratie bezogen sind: bei Selbstwirksamkeit, bei Interesse an Politik, bei politischer Zufriedenheit und bei der Einstellung oder Orientierung, dass die Demokratie die beste Staatsform ist. Die höheren Schulformen schneiden zwar am besten ab, aber es ist nicht durchgängig so, dass je niedriger der Bildungsstand ist, desto niedriger ist auch die demokratische politische Orientierung, sondern wir haben auch Dellen bei den mittleren Schulabschlüssen, die uns sehr zu denken geben sollten. Das hat wohl auch etwas damit zu tun, dass es hier eine starke Verschiebung der Bildung hin zur Wirtschaftsordnung Deutschlands und Europas gibt.

Wir haben im Verlauf der Arbeit am Demokratiebericht zunächst etwas anderes im Blick gehabt: Wie können die Angebote der Landeszentrale für politische Bildung weiterentwickelt werden? Wir hatten das zwar als Befragungsschwerpunkt, aber als Ergebnis unserer erzielten Befunde, mussten wir das breiter sehen, dass politische Bildung eine Querschnittsaufgabe ist und an allen Schulen angesiedelt sein muss, so dass hier also Handlungsbedarf besteht.

Wir stellen fest, dass zwar das Interesse an Politik bei den niedrigeren Bildungsabschlüssen niedriger ist, aber dass auch ein Bedarf besteht, mehr politische Bildung zu erfahren. Insbesondere die Aktualität der politischen Bildung und der Demokratiebildung wird kritisiert. Wir stellen fest: Die jungen Menschen können abgeholt werden. Es besteht ein Interesse daran, mehr zu erfahren und bessere politische Bildung zu bekommen.

Zur zweiten Frage: Wann können wir sie denn jetzt eigentlich abholen? Es ist eine Querschnittsaufgabe. Demokratie will gelebt sein und wird dadurch verinnerlicht. Im

bloßen auswendig lernen des Grundgesetzes erschöpft es sich nicht. Es muss erlebt werden, aber es gibt eben spezifische Formate.

Ein Erziehungs- oder Bildungswissenschaftler wird Ihnen vielleicht haarklein durchdeklinieren können, wann und in welcher Form welches politische Wissen idealerweise erhoben wird, und wann sich Kognition herausbilden und eine politische Sozialisation erfolgt. Der Politikwissenschaftler, der ich bin, sagt eher pragmatisch: Man muss die Menschen dann erreichen, wenn sie erreicht werden können – bevor sie sich in kommunikativen Parallelwelten verfestigt haben, bevor sie sich schon abgekehrt haben oder zu fragilen Demokrat*innen geworden sind. Wir müssen sie dann erreichen, wenn wir sie erreichen können. Das heißt: die Gymnasiast*innen kann man länger erreichen, aber bei mittleren Schulformen gilt es, genau das Zeitfenster nutzen, das man hat.

Die Frage von Herrn Wedel interessiert uns brennend. Ich kann leider keine befriedigende Antwort geben. Die Schwierigkeit hier ist, wirklich ein gutes, kausales Modell zu finden, bei dem man sagen kann: das sind die Bildungsinhalte, die wir haben, und das sind die Folgen für das politische Wissen und für die demokratische politische Orientierung. Wir haben in einer Phase bei der Erhebung, die wir selbst durchgeführt haben, versucht, politisches Wissen zu erheben. Wir konnten das dann nicht bei den anderen Themen mit aufnehmen. Die Untersuchungen und auch die Erhebung, wie viel Politikunterricht hat man denn eigentlich genossen, ist kein valides Erhebungsinstrument, weil es sehr stark von der Wahrnehmung abhängt, wie lange der Schulbesuch zurück liegt und auf welcher Schulform man war usw. Insofern waren wir sehr vorsichtig, mit unseren eigenen Erhebungen kausale Modelle anzustellen.

Das Gleiche gilt für die ICCS. In der ICCS stecke ich persönlich nicht genug drin, um sagen zu können, so kann das durchdekliniert werden. Der Kollege Hermann Josef Abs ist, glaube ich, der Experte dafür. Ich mache aber einen Werbeblock an dieser Stelle. Denn wir sind selbst noch dabei, die Folgerungen aus dem Demokratiebericht in die politische Diskussion hineinzugeben. Das heißt: Im Nachgang zu der Veröffentlichung im Herbst sowie der Präsentation bzw. der Diskussion hier bei dem Workshop im Februar, versuchen wir, das zu verbreitern, in die wissenschaftliche Diskussion einzubringen und auch diese Querverbindung herzustellen.

Wir richten am 3. Mai an der NRW School of Governance einen Workshop aus, zu dem wir verschiedene Akteur*innen eingeladen haben und gehen hoffentlich schlauer raus, auch im Hinblick auf solche Fragen. Ich spreche sehr gerne eine Einladung aus: Wenn Sie möchten, dann kommen Sie gerne am 3. Mai nach Duisburg an die NRW School of Governance, weil es noch viel zu diskutieren gibt.

Achim Wölfel (Mehr Demokratie NRW): Die erste Frage war, wann mit der Vermittlung von Demokratiekompetenzen begonnen werden sollte? Ich glaube, es kann kaum früh genug damit begonnen werden. Dann muss eben zielgruppengerecht agiert werden. Wir wissen, dass man auch schon sehr, sehr früh beginnen kann. Es gibt demokratische Kindergärten und Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen. Die probieren dort tagtäglich interessante Ansätze, die nach und nach – so habe ich das Gefühl – auch in andere Schulformen durchsickern.

Wir wissen aus der Forschung übrigens auch – da gibt es zum Beispiel eine Bertelsmann-Studie –, dass das Thema Wahlalter eng mit Demokratiekompetenzen verknüpft ist, denn beim Wahlrecht geht es auch um ein demokratisches Grundrecht. Auch bei der Vermittlung von Demokratiekompetenzen und Wissen kann man kaum früh genug beginnen. Denn wer einmal wählen geht – das zeigt diese Bertelsmann-Studie zum Beispiel sehr gut –, der geht mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auch wieder wählen. Das würde dafür sprechen, zum Beispiel jetzt schon mit Blick auf die Landtagswahl – ich weiß, ich wiederhole mich da manchmal –, mit der Vorbereitung der jungen Menschen zu beginnen, die heute 14, 15 sind und 2027 dann das erste Mal wählen dürfen.

Demokratievermittlung hört aber auch nicht auf, wenn Menschen aus der Schule kommen, sondern es geht im Erwachsenenalter noch weiter. Auch die berufliche Bildung spielt hier mit rein. Auch nach den Hochschulen spielt Demokratiekompetenz in der Erwachsenenbildung eine Rolle. Der letzte Kommentar dazu: Es kann dann auch auf andere Sektoren ausgedehnt werden. Es gibt – in dem Fall aus Bayern – zum Beispiel den Vorschlag, verstärkt in Unternehmen und Verwaltungen zu gehen, um dort über Demokratie zu sprechen. Denn es ist eine Aufgabe, die uns alle betrifft und nie zu Ende ist, sondern immer wieder eingeübt werden muss.

Als nächstes zu der Frage zur Evaluation von Herrn Wedel. Was haben wir damit in unserer schriftlichen Stellungnahme gemeint? – Wir agieren in diesem Bereich der politischen Bildung mit begrenzten finanziellen Mitteln. Ich habe manchmal das Gefühl, dass es – was sage ich jetzt einmal – Trends gibt, sodass man manchmal sehr schnell auf tagespolitische Entwicklungen reagieren möchte, neue Projekte startet und dann hoch motiviert vorgeht. Es ist wichtig, Vieles auszuprobieren – gerade unser Verein probiert ständig neue Dinge aus –, aber dann kommt in dem Zuge die Evaluation manchmal zu kurz und fällt ein bisschen hinten runter. Vielleicht kennt der eine oder andere das auch von der Durchführung eigener Projekte: Die Evaluation nimmt am Ende häufig nicht den Stellenwert ein, den auch die Durchführung hat. Das könnte noch mehr fokussiert werden, sodass man nachhaltig vorgehen und feststellen kann: Naja gut, dieses Projekt hier funktioniert nachgewiesenermaßen sehr gut. Wir führen das fort und schauen vielleicht noch einmal darauf, wie es weiterentwickelt werden kann. So war dieser Kommentar zu verstehen.

Ein Beispiel dafür ist ein Schulwettbewerb, den wir aktuell durchführen. Der hat letzte Woche begonnen – Landtagspräsident André Kuper ist übrigens der Schirmherr. Diesen Schulwettbewerb lassen wir vom Wissenschaftscampus NRW auswerten, damit wir dann selbst wissen: Hat das gut funktioniert? Hat das bei den Schülerinnen und Schülern tatsächlich etwas bewirkt? Wollen wir das zur Kommunalwahl, zur Bundestagswahl oder zur Landtagswahl fortführen?

Bei der dritten Frage – von Frau Schäffer – war ich mir nicht ganz sicher, ob die auch an mich gerichtet war. Deswegen gebe ich nur einen kurzen Kommentar, ob das Thema politische Bildung bei der Lehrkräftefortbildung auch eine Rolle spielen kann oder sollte. Unserer Einschätzung nach absolut. Immer mehr Wirtschaftsverbände machen sich Sorgen um unsere Demokratie, um extreme Entwicklungen in der Gesellschaft und auch darum, welche Auswirkungen das auf die Wirtschaft hat.

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Wir haben zum Beispiel kürzlich mit Maschinenbauern aus Ostwestfalen gesprochen, die sich sehr klar für eine starke Demokratie und gegen extremistische Tendenzen ausgesprochen haben. Die sind motiviert, etwas zu machen und überlegen, ob man nicht gemeinsam einen Azubi-Tag veranstalten sollte, bei dem es auch um die Vermittlung von Demokratiekompetenzen geht. Ich glaube, dass auch das ein Bereich ist, auf den man bei der Demokratievermittlung noch schauen kann.

Jan Zajic (Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke): Vielen Dank für die an mich gestellten Fragen, welche ich sehr gerne beantworte. Die erste an uns alle gerichtete Frage betraf das Alter und die Demokratiekompetenz. Die zweite bezog sich auf politische Bildung vor Ort, Praktikabilität und eine Woche der Demokratie.

Ich beginne mit der ersten. Bei Demokratiekompetenz geht es unter anderem auch darum, wirklich argumentieren zu lernen, bereit zu sein, voneinander zu lernen, Pro und Kontra abzuwägen und sich eine Meinung zu bilden. Dafür ist es nie früh genug. Dies kann ich Kindern in der Kita beibringen.

Wir arbeiten in unseren außerschulischen politischen Bildungsstätten mit Grundschulen, mit Berufskollegs, mit Gymnasien, aber auch mit jüngeren Erwachsenen oder an Justizvorzugsanstalten. Das heißt: Demokratie muss überall beigebracht werden. Denn – wie bereits erwähnt – ist es die einzige Form, die erst einmal gelernt werden muss. Dennoch können die Themen voneinander abweichen. Die Methoden sind unterschiedlich, die genutzten Medien sind unterschiedlich und vor allem die Tiefe ist immer sehr unterschiedlich.

Ich nehme ein konkretes Beispiel: Wenn es darum geht, über aktuelle Themen wie die Energiewende zu argumentieren und ich mit jüngeren Personen darüber diskutiere, ob Energiewende Ja oder Nein, dann ist es ein bisschen spielerischer. Ich arbeite mit Sonne, mit Kohle und mit Wind. Das heißt: Ich arbeite mit ganz anderen Möglichkeiten. Wenn ich aber zum Beispiel mit jungen Erwachsenen oder in der außerschulischen politischen Bildung mit Berufskollegs arbeite, dann geht es um technologische Aspekte wie Stromautobahnen oder Finanzierungsaspekte usw. Das heißt: Diese Abwägungsprozesse, dass sie voneinander lernen, abwägen und zuhören können, damit kann ich nie zu früh anfangen.

Zu der zweiten Frage: Praktikabilität einer Woche der Demokratie. Praktikabel ist es. Die Frage ist nur, unter welchen Voraussetzungen und würde sie etwas bringen? – Ich kann eine Woche der Demokratie durchführen, allerdings sollten wir sie nicht nur durchführen, um sie durchgeführt zu haben, sondern wir wollen auch etwas erreichen. Von daher stelle mir die zentrale Frage: Unter welchen Voraussetzungen macht eine Woche der Demokratie überhaupt Sinn? Welche Effekte, welche Outcomes möchte ich erreichen? Das wird nur möglich sein, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

Die erste Voraussetzung, um Jugendliche und Kinder wirklich zu erreichen ist, erst einmal mit den Schulen zu arbeiten und das pädagogische Fachpersonal zu erreichen. Da bieten wir in der außerschulischen politischen Erwachsenenbildung viele Seminare

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

zu verschiedenen Themen wie Israel und Hamas, Ukraine, Trump oder Bauernproteste an. Es sind alles Themen, die in der Schule oder im außerschulischen Bereich auftauchen. Damit muss man umgehen können. Es ist eine Frage der Methoden und der Medien, dass ich die Jugendlichen und Kinder wirklich abhole und authentisch bin.

Das zweite – eine wichtige Voraussetzung – ist die Möglichkeit außerschulischer Lernorte, wo solche Wochen der Demokratie stattfinden können. Die können an der Schule stattfinden – das wird sicherlich auch gut funktionieren –, aber andere Möglichkeiten sind die außerschulischen Orte, wo die Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, sich an anderen Orten über verschiedene Aspekte der Demokratie auszutauschen und viel zu lernen. Da kann ich Gedenkstätten, Besuche bei der Lokalredaktion der Zeitung oder von Fernsehen, Besuche des Oberbürgermeisters im Rathaus sowie von Gedenkstätten usw. einbeziehen. Das heißt: Diese Möglichkeiten bestehen auch – sehr gerne in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern.

Denn wenn wir nicht nur mit den Schulen direkt arbeiten, sondern auch mit außerschulischen politischen Bildungsstätten, dann bestehen auch andere Möglichkeiten, wie wir die Jugendlichen erreichen können. Da sind wir in den Stadtteilen, wo wir die Jugendlichen direkt erreichen können, auf Kooperationspartner angewiesen wie Sportvereine, Moscheegemeinden, Kirchen, andere Vereine und Demokratiestätten. Denn wir wissen: Die Jugendlichen kommen nicht zu uns. Es kommen nur diejenigen zu uns, die schon demokratieaffin sind, die sich wirklich für Themen interessieren und dafür brennen, sich einsetzen und etwas erreichen wollen. Das ist wunderbar. Mit ihnen arbeiten wir sehr gerne, aber wir wollen auch viele andere erreichen, die nicht wissen, was für Möglichkeiten bestehen, wie sie etwas bei sich im Stadtteil, im Quartier verändern können. Wenn sie nicht zu uns kommen, müssen wir zu ihnen kommen, und zwar über die Schulen, über die außerschulischen Partner oder über Demokratiewerkstätten. Das heißt: Das funktioniert.

Die Frage der Praktikabilität ist eine große Frage, die uns umtreibt. Eine zentrale Woche, wie sollte die ausschauen? Soll es wirklich eine zentrale Woche – zum Beispiel um den Anne-Frank-Tag oder den 8. Mai herum geben? Das wäre bestimmt eine spannende Idee, wenn man zeigen würde: Schaut her, alle Bildungseinrichtungen in ganz NRW machen diese Woche etwas. Ich frage mich, ob das wirklich so praktikabel ist. Das hängt mit den Rahmenbedingungen der Schulen, der außerschulischen Partner sowie der Quartiere vor Ort zusammen.

Es stellt sich die Frage, ob eine Möglichkeit bestünde, dass jeder Bildungseinrichtung überlassen wird, wann diese Demokratiewoche stattfindet. Sie wird stattfinden, sie wird auch finanziert. Das ist eine enorm wichtige Voraussetzung dafür, damit es überhaupt funktioniert. Dann könnte es zum Beispiel Ende des Schuljahres ein Peak, ein Highlight geben, bei dem die spannendsten Projekte aus ganz NRW vorgestellt werden. Ich denke, dass eine Woche der Demokratie praktikabel ist, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind. Dann wird sie auch wirklich zu den Ergebnissen führen, die wir erreichen wollen.

Helmut Seifen: Das ist tatsächlich ein Spannungsverhältnis, bei dem es sich lohnt, das anzuschauen. Man muss wissen, dass der Beutelsbacher Konsens in einer Zeit entstanden ist, in der es ideologisch ähnlich aufregend zu ging wie heute, nämlich in den 70er Jahren, im Herbst 1976.

Das heißt: Wir hatten in den Schulen – ich sage jetzt einmal – Lehrkräfte aus alten Zeiten – nicht unbedingt nur aus der nationalsozialistischen Zeit, sondern auch aus der konservativen Zeit, die man vielleicht als Adenauer-Zeit bezeichnen könnte. Nach der 68er-Bewegung an den Universitäten hatten wir zunehmend junge Lehrkräfte, die in die Schulen strömten und das kapitalistische System der Bundesrepublik Deutschland sehr anzweifelten und sozialistische Vorstellungen in die Schulen brachten.

Der Beutelsbacher Konsens zeigt eigentlich, dass man das nicht abwürgen, sondern zulassen wollte. Denn der Beutelsbacher Konsens trägt der Tatsache Rechnung, dass es im politischen Raum nicht immer einfache Entscheidungen, sondern Entscheidungen zwischen zwei gleichwertigen Werten gibt. Nehmen wir zum Beispiel den Nationalstaat und Europa: Selbstverständlich hat der Nationalstaat für sich einen Wert, aber wir wissen alle, dass er überzogen ist und zu Kriegen geführt hat. Deswegen hat auch die Einheit Europas einen Wert. Man kann aber sehr gut darüber diskutieren, wie weit die Einheit gehen soll und wie weit sie nicht gehen soll.

Ein zweites Thema ist eine ganz brisante Geschichte, nämlich der Abtreibungsparagraph, bei dem man bis vor kurzem das Lebensrecht des Kindes über alles gestellt hat, auch über die Frau, sodass man dann überlegt hat: Geht das eigentlich noch? Man ist dann zu einer anderen Regelung gekommen. Nichtsdestotrotz – das wird man hier nicht abstreiten – hat sowohl die Lebensgestaltung der Frau als auch das Leben des Kindes einen Wert für sich. Wie entscheidet man jetzt? Das sind die spannenden Fragen, die man den Schülern nahebringen muss und dass es in der Politik nicht nur einfache Lösungen gibt, nach dem Motto „Das machen wir einfach so“. Schüler müssen wissen, dass es in bestimmten Fällen Entscheidungen gibt, bei denen man den einen Wert nachrangiger behandelt als den anderen Wert. Deswegen verliert der nachrangige Wert aber nicht seinen Wert. Man muss sich entscheiden, welchen Weg man geht.

Wir hatten das in der Corona-Zeit, wo zum Beispiel die kollektivistische Vorstellung eines Gemeinschaftslebens stärker in den Vordergrund trat gegenüber der individualistischen Vorstellung. Auch da könnte man darüber diskutieren, was wertvoller ist. Ich habe in meinen Reisen in die DDR damals mit Kollegen diskutiert. Das waren schwierige Diskussionen, weil die Freiheit natürlich ganz anders definiert und gerade die Freiheit des Kollektivs in den Vordergrund gestellt haben. Da wurde man schon gefordert und konnte nicht mit einfachen Antworten kommen.

Das sind die Dinge, die in die Schule hineingetragen werden müssen. Deswegen heißt es im Beutelsbacher Konsens: Es gibt nicht nur das Überwältigungsverbot, sondern, – ich zitiere –:

„Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.“

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Das ist genau die Vorgehensweise, die man in den verschiedenen Unterrichtssituationen wählt, sodass etwa der Geschichtslehrer, der die Reformation durchnimmt, sowohl die Position Luthers als auch die Position der katholischen Kirche darstellen wird.

Dann kommt die Orientierung, und er kann immer noch sagen: So sieht es hier links aus und so sieht es hier rechts aus, ich bin aber der Meinung, dass... Die Schüler haben dann – wenn es so dargestellt wird – die Möglichkeit, für sich selbst einen Schluss zu ziehen. Es ist auch unter Punkt 3 im Beutelsbachers Konsens so vorgesehen, dass die Schüler in der Lage sein müssen, ein eigenes Urteil zu fällen, das möglicherweise dem Urteil oder der Position des Lehrers nicht entspricht. Das ist von entscheidender Bedeutung. Deswegen lässt sich dieses Spannungsverhältnis auflösen.

Aber es ist ein antinomisches Spannungsverhältnis: Beides hat einen Wert – also die Neutralität auf der einen Seite und die Positionierung des Lehrers auf der anderen Seite. Entscheidend ist es dann, wenn man über Verbrecherregime spricht. Auch da stellt man natürlich dar, was die wollen. Wir hatten den Nationalsozialismus mit einer absolut kollektivistischen Vorstellung: Du bist nichts, dein Volk ist alles. – Das wurde den Schülern erzählt. Da braucht man nicht von einem Wert sprechen, sondern man kann man deutlich sagen: Das ist die Position, aber Leute, das kommt dabei heraus. Wenn du sagst: Du bist nichts, dein Volk ist alles, dann entscheidet das gegen das Leben, das ist menschenverachtend und dann kann man ganz klar Position beziehen.

Aber in den normalen Lebensverhältnissen, in denen wir leben, ist es oft schwierig, zu sagen: Nur das eine oder nur das andere ist richtig. Insofern glaube ich, dass wir in der heutigen Zeit wieder zum Beutelsbacher Konsens zurückkommen können. Denn ich habe das Gefühl – nein, nicht das Gefühl, sondern ich beobachte –, dass wir diesen Beutelsbacher Konsens ein bisschen verlassen.

Wenn ich mir vorstelle, dass die Schulministerin dieses Landes Schüler zu Demonstrationen auffordert, die für sich selbst genommen ehrenhaft sind, wenn man für Demokratie und gegen Rechtsextremismus ist, die aber natürlich – aufgrund des aufgestellten Lügengebäudes – unterschwellig gegen eine einzige Partei gerichtet sind, dann muss ich schon ehrlich sagen,...

(Elisabeth Müller-Witt (SPD): Es reicht! – Zuruf Verena Schäffer [GRÜNE])

Hören Sie einfach zu. Sie können dann antworten.

...,dass das nicht geht. So viel Selbstkritik sollte überall sein. Man muss doch sehen, dass das so nicht geht, auch wenn man Gegner von Positionen ist.

An der Stelle sage ich ganz ehrlich: Auch der SPD-Antrag hat dieses Tendenziöse. Das können wir so nicht machen. Wir müssen wieder zurück zum Beutelsbacher Konsens kommen. Bei allem Respekt vor den Meinungen – auch aller hier Anwesenden -sage ich: Es müssen alle Meinungen angehört werden. Dann kann man entscheiden, zu welcher man sich hinbewegt. – Vielen Dank.

Anne Deimel (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW):

Ich schließe direkt bei der Frage an. Das ist so. Wir sitzen hier und hören es uns an. Ich möchte einfach festhalten: Wenn man das in unserer Stellungnahme liest, dann ist das, glaube ich, auch klar: Aus unserer Sicht steht der Beutelsbacher Konsens nicht für eine Beliebigkeit. Wir stehen ganz klar dazu.

Wo ist der rechtliche Rahmen für die Beschäftigten in den Schulen? Das ist aus unserer Sicht zum einen das Beamtenrecht, denn wir haben viele verbeamtete Lehrkräfte. Lehrkräfte sind verpflichtet, ihre Aufgaben unparteiisch zu erfüllen, sich durch ihr ganzes Verhalten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten.

Wir erwarten von den Lehrkräften im Unterricht keine Parteipolitik, aber dass sie sich aktiv für die Verfassung und deren Werte einsetzen – aus dem Geist der Verfassung heraus. Da muss ich einfach feststellen: Ich sehe das anders. Sie haben Frau Ministerin Feller angesprochen und Sie unterstellen ihr, dass Sie die AfD sagt. Sie hat keine Parteipolitik gemacht, sondern – aus meiner Sicht – im Geiste der Verfassung agiert.

Zum anderen haben wir das Schulrecht. Schulunterricht und schulische Erziehung steht auf der Grundlage des Grundgesetzes und des Artikels 7 der Landesverfassung. Wir haben auch – das ist doch wirklich unser Schatz – die Bildungs- und Erziehungsziele wie Achtung der Würde des Menschen, Bereitschaft zum sozialen Handeln, Menschlichkeit, Demokratie – da haben wir auch unser heutiges Thema –, aber auch Freiheit, Liebe zu Volk und Heimat, zu Völkergemeinschaft sowie Friedensgesinnung und Achtung vor der Überzeugung des anderen. Dazu gehört auch, dass Schülerinnen und Schüler das lernen. Aber es gehört genauso auch für alle Beschäftigten dazu, die in einer Schule sind.

Die eigene Meinung darf man vertreten, aber man ist auch aufgefordert, die Meinung anderer zu achten. Es ist wichtig, Menschen mit unterschiedlicher Herkunft vorurteilsfrei zu begegnen. Unser Ziel ist ein diskriminierungsfreies Zusammenleben und für die Demokratie einzustehen.

Als drittes haben wir die Grundrechte, insbesondere das Grundrecht der Meinungsfreiheit. Für mich ist wirklich alles grundgelegt, wenn man sich das wirklich bewusst macht. Wir stehen in der Schule für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ein. Wir stehen für den Artikel 1 des Grundgesetzes ein: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das ist wichtig, denn es gilt für alle Menschen. Damit habe ich die Frage beantwortet.

Es gab die Frage nach dem Alter: Wann sollte man mit der Vermittlung von demokratischen Kompetenzen beginnen? Wir sind auch der Ansicht, dass man bei den Bildungsinstitutionen auf jeden Fall so früh wie möglich in der Kita beginnen sollte – natürlich angemessen. Von Frau Schäffer ist eben schon aufgezählt worden, dass es tolle Projekte, Aktionen und Konzepte in Kitas gibt, bei denen Kita-Kinder bereits von klein auf Partizipation erfahren können und wo sie auch lernen können, für ihre Meinung einzutreten.

Demokratische Projekte heißt auch, dass nicht gemacht wird, was ich möchte, sondern dass man sich überlegen muss: Warum ist es wichtig, dass wir das in der Kita machen?

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Man muss andere überzeugen und mitnehmen. So ist es auch schon kleinen Kindern möglich, zu erleben, dass es dabei um Mehrheiten geht. Viele stellen dann fest – insbesondere, wenn ein Thema oder eine Aktion gewählt wird, die gar nicht erst der eigene Wunsch war –, dass es dann doch unheimlich viel Freude macht, mitzumachen. Hier halte ich mich kurz, denn da ist schon viel gesagt worden.

Zu der Frage der Zeit, der Rahmenbedingungen, entsprechender Ausstattung sowie Fort- und Weiterbildung möchte ich ein paar Aspekte nennen. Mir ist es noch einmal wichtig, dass es nicht verpflichtend sein kann. Ich möchte das an der Forderung des Antrags noch einmal deutlich machen: Da geht es um die Woche der Demokratieförderung und aus unserer Sicht ist es ganz wichtig, noch einmal zu betonen – ich meine, das wäre hier auch noch nicht genannt worden –, dass wir geschrieben haben, dass es eine Möglichkeit ist, ein Motor sein kann. Aber es ist uns wichtig, dass es natürlich nicht verpflichtend sein kann. Es geht dabei auch um Demokratie.

Wir haben immer wieder die Problematik, dass in der Politik Ideen entstehen und dann das Gesamtkonzept auf alle Schulen heruntergebrochen wird. Ich nehme ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit, damit Sie sich das besser vorstellen können: Das ist die zwanzigminütige Lesezeit. Dazu kann man viel Positives sagen – wenn man das möchte –, aber die Schulen – in dem Fall waren es die Grundschulen –, und die Grundschuldirektoren, die super Lesekonzepte hatten, mit denen sie seit vielen Jahren gut fahren, und ähnliche Dinge machen, haben sich vor den Kopf gestoßen gefühlt.

Wenn wir von Demokratie reden, dann müssen wir immer grundsätzlich mitbedenken, dass wir viele unterschiedliche Kolleg*innen und Schulleitungen vor Ort haben. Demzufolge heißt das: Die arbeiten unterschiedlich. Viele sind in dem Bereich Demokratieförderung schon sehr weit oder sind im Bereich BNE mit den 17 Nachhaltigkeitszielen sehr engagiert, wo Demokratie sehr wichtig ist.

Darum kann das – immer auf freiwilliger Basis – ein Motor sein. Man kann dafür begeistern, dass alle oder möglichst viele mitmachen, aber aus unserer Sicht ist es eben nicht möglich, das verpflichtend zu machen, weil es vor Ort oft andere Thematiken gibt, die gerade wichtiger sind oder die Ressourcen fehlen.

Zum Faktor Zeit. Wenn ich in der Schule Demokratie leben möchte und eine Schule möchte, in der alle diesen demokratischen Geist pflegen und wo es um das Miteinander geht, dann komme ich als Schule trotzdem immer wieder in die Situation – das gilt für alle, die da in der Schule sind –, dass es auf einmal einen Diskriminierungsvorfall oder einen Streitfall zwischen Schülerinnen und Schülern gibt. Dann muss ich die Zeit dafür haben, diese Ebene des Miteinanders zu schaffen. Das ist nicht im Unterricht zu leisten. Wenn dann gerade dieser Streitfall oder diese Auseinandersetzung, die dann oft mit wirklich schlimmen Schimpfwörtern – die möchte ich hier jetzt nicht nennen – begleitet wird, dann muss ich als Schule die Möglichkeit haben, diejenigen aus dem Unterricht herauszunehmen oder wenigstens im Anschluss des Unterrichts etwas zu machen.

Ich brauche dafür Schulsozialarbeit. Ich brauche diese Kompetenz vor Ort sowie gegebenenfalls sozialpädagogische Fachkräfte. Zudem muss ich den Raum haben,

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

diese Schülerinnen und Schüler so professionell zu begleiten, dass ich sie aus ihrer Ebene – denn meistens kommt es aus dem Bereich des Vorurteils, wenn ich dann andere schon vorher mit Diskriminierung bedenke – heraus auf eine andere Ebene des Miteinanders holen kann. Sie müssen die Chance haben, sich im Schulgebäude – aber nicht im Unterricht – als Menschen kennenzulernen und nicht als derjenige, der aus dieser Region oder der Familie kommt, der Muslim ist, der Jude ist, der Jüdin ist – egal was. Ich muss diese Chance haben, in der Schule Raum, Zeit und Ressourcen dafür zu finden, den Schülerinnen und Schülern die zwischenmenschliche Ebene zu ermöglichen. Das ist dringendst notwendig, fehlt uns aber im Moment.

Dann noch zu den Rahmenbedingungen: Denken Sie nur an die kleine Form des Klassenrates. Wenn Schulen Klassenratsarbeit machen – das machen inzwischen sehr viele Schulen –, dann können Sie das in der Unterrichtsstatistik nirgendwo angeben. Was machen die Schulen also? Die schauen, in welchem Fach das am besten angesiedelt werden kann. Sehr viele Grundschulen machen Klassenratsarbeit, um diese Arbeit mit den Kindern sehr frühzeitig zu üben. Der Klassenrat ist ein gutes Gremium, dann Schulparlament, Kinderparlament. In der Grundschule wird das in den Sachunterricht gesetzt. Das ist so aber eigentlich nicht vorgesehen. Es ist ein wichtiger Punkt, dass es den Schulen ermöglicht wird, dies im Unterricht anzusetzen und dafür Zeit zu haben.

Das könnte ich jetzt in jede Schulform übertragen, denn überall gibt es irgendein Gremium, das arbeitet, das demokratisch wirklich wichtig ist und das Partizipation übt, für das es aber in der Schule eigentlich gar keine Zeit gibt. Auch die Räume müssen oft gesucht werden.

Zu den Fort- und Weiterbildungen. Das sind verschiedene Bereiche. Ich gehe jetzt noch einmal auf das Thema Quereinstieg ein. Wir haben zum Beispiel die Situation – das finde ich auch wichtig –, dass wir in der Schule viele Quereinsteiger haben. Wir nennen das Quereinstieg, Seiteneinstieg oder Nicht-Erfüllende. Was heißt das eigentlich? Mir geht es einfach darum, dass die, die in die Schulen kommen, aber gar keine Bildungswissenschaften studiert haben, die Möglichkeit brauchen, Fort- und Weiterbildung zu machen. Denn der ganze pädagogische Bereich braucht die Grundlage des demokratischen Denkens, der Partizipation und der Ermöglichung der Beteiligung sowie der Selbstwirksamkeit.

Da geht es um die individuellen Fort- und Weiterbildungsbedarfe, wofür wir viele Angebote brauchen, aber wir brauchen auch Zeit für die schulinterne Fortbildung, Demokratiebildung und Demokratiekompetenzen als Grundlage. Denn es ist unglaublich – wenn man in die Schulen schaut –, was für Themen in der Schule bei den pädagogischen Konferenzen von Schulen in Konzepten erarbeitet werden sollen. Da müssen wir uns überlegen: Welche Rangfolge bringen wir da rein? Wie setzen wir Prioritäten? Ist es jetzt wichtiger, das Medienkonzept fertigzuschreiben? Ist es wichtiger, das Lesekonzept, das Rechtschreibkonzept, das Demokratiekonzept oder das Beteiligungskonzept neu zu erarbeiten? – Es ist so viel, dass es im Moment so nicht parallel zu leisten ist.

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Noch ein Thema – das hatte ich eben schon einmal in meiner ersten Frage kurz angedeutet und es ist mir wichtig –: Wir brauchen dringend Schulungen für den Umgang mit der Verbreitung. Wir sehen im Moment hauptsächlich rechtsextremistische – ich sage: auch linksextremistische – Inhalte in den sozialen Medien. Wir brauchen die Stärkung von außen. Wie gehen wir damit um? Wie kann im Unterricht damit umgegangen werden? Wie greife ich das auf, ohne diese Inhalte selbst in den Unterricht zu holen? Das muss dann schon sehr professionell passieren. Was ich jetzt vergessen habe, wird sicher jetzt gesagt. – Danke.

Ayla Çelik (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Genau. Es ist vieles genannt worden. Das gibt mir die Möglichkeit, nicht zu wiederholen, sondern den Fokus etwas allgemeiner zu fassen. Die Frage war, in welchem Alter man mit der politischen Bildung beginnen sollte? Ich habe in der ersten Fragerunde gesagt: Wir finden, dass politische Bildung nicht früh genug angesetzt werden kann. Am besten setzt man in der frühkindlichen Bildung an. Es muss aber natürlich auch über die gesamte Lebensspanne mitgedacht werden. Denn wir sind eine offene Gesellschaft. Als eine offene Gesellschaft sagen wir: Es kommen auch Menschen im Erwachsenenalter zu uns. Das heißt: Auch da muss gewährleistet sein, dass in allen unseren Bildungseinrichtungen politische Bildung als Selbstverständnis anerkannt wird und auch gelebt sowie erfahrbar gemacht wird.

In diesem Zusammenhang kommt es darauf an, dass unsere Erzieher*innen und Lehrkräften sowie alle Bildungsbeschäftigten – ich nenne die jetzt auch, weil die Schulsozialarbeiterinnen dazu gehören, weil die Fachkräfte in multiprofessionellen Teams dazu gehören, Schulpsychologinnen und sogar der Polizist vor Ort, der sozusagen Pausenbesuche gestattet –, also sozusagen die Institutionen und die Berufe, die die Staatsform der Demokratie verteidigen, nicht als Feinde angesehen werden, sondern früh genug miteinander in Kollaboration kommen. Das heißt: Zur Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe brauchen die von mir genannten Bildungsbeschäftigten natürlich Unterstützung, in erster Linie in Form von Zeitressourcen und in Form von vorbereiteten Materialien sowie in Form von Fortbildungen.

Wir wissen, in was für einer angespannten, herausfordernden Situation Bildung überhaupt steckt – Stichwort Fachkräfte- und Lehrkräftemangel sowie chronische Unterfinanzierung des Bildungswesens. Hier müssen wir dahin kommen, dass tatsächlich Bildung, vor allem auch politische Bildung, Priorität hat und entsprechende Finanzmittel da reinfließen – am besten unabhängig von der Legislaturperiode und unabhängig vom Haushalt, weil sich die Möglichkeiten über den Haushalt und die Schuldenbremse da doch einfach erschöpfen und wir tatsächlich da sind, wo wir sind. Denn – ich möchte das auch noch einmal sagen –, wenn wir tatsächlich sagen, dass Bildung die Demokratie sichert, dann ist die Haltung und die Aufforderung der Schulministerin – das möchte ich hier unterstreichen –, die Lehrkräfte aufzufordern, für Demokratie einzustehen, genau die richtige Haltung. Denn es darf nicht sein, dass Demokratiefeinde die Demokratie missbrauchen, um antidemokratische und menschenfeindliche Strukturen zu implementieren oder gar Demokratie zu unterlaufen.

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Demokratie bedeutet in seinem Grundkern die Akzeptanz der anderen Meinung, aber diese Meinung muss – das ist wichtig – auf demokratischen Grundprinzipien fußen. Sie muss auf Grundlage der geltenden Verfassung stehen. Und das tut es – von bestimmten Seiten – nicht. Die Meinungen, die darauf nicht fußen, müssen wir aufdecken. Also müssen die Kollegen, die diese Aufgabe übernehmen, durch Aufklärung aufdecken. Wenn wir die Neutralität des Beutelsbacher Konsens tatsächlich falsch interpretieren, dann ist das für die Demokratie richtig kontraproduktiv. Denn es sagt nicht, dass unterschiedliche Meinungen gegeneinander abgewogen werden sollen und dass Schüler und Schülerinnen, ohne überwältigt und ohne manipuliert zu werden, sich eigene Meinungen bilden. Das findet statt. Es sagt nur, dass diese auf Grundlage demokratischer und menschenrechtlicher Prinzipien stehen müssen. Dafür stehen unsere Lehrkräfte, die darauf achten, dass genau das stattfindet.

Ich habe noch erklärt, wie wichtig Fortbildungen sind. Fortbildungen sollen denen, die Lehren, Handlungssicherheit geben. Denn wir sind eine offene Gesellschaft. Wir sind eine Gesellschaft mit Inhalten – wenn wir uns die letzten beiden Ereignisse wie Angriffskrieg Ukraine und den Nahostkonflikt anschauen –, die unmittelbar auf unsere Gesellschaft wirken. Die sind auf den Schulhöfen wiederzufinden und werfen ihre Schatten in die Klassenräume. Die schlagen schon in den Kitas schon auf, weil Kinder mit unterschiedlichen, subjektiven Theorien ihrer Eltern dort aufschlagen. Da ist es die Aufgabe einer Demokratie, dafür zu sorgen, dass dort Korrektur stattfinden kann. Das ist keine Manipulation, sondern Stärkung der Demokratie.

Vor allem in Zeiten von KI – Künstlicher Intelligenz –, in der Fake News als Realität dargestellt werden und Realitäten zu Fake News verklärt werden, ist es immens wichtig, auch Kinder und Jugendliche früh genug zu sensibilisieren, mit diesen Medien und diesen Fake News kritisch genug umzugehen und vor allem zu hinterfragen. Demokratie bedeutet, das, was mir vorgesetzt wird, zu hinterfragen und zu überprüfen, ob das eben unserer Demokratie zuträglich ist oder nicht.

Ich sage gerne: Aus einer demokratischen Wahl müssen nicht immer Demokraten hervorgehen. Das ist wahnsinnig wichtig. Es gilt tatsächlich, dafür zu sorgen, dass unsere Demokratie gestärkt wird. Wenn es der Bildung schlecht geht, dann geht es – glaube ich – auch unserer Gesellschaft schlecht. Ich brauche nur die Stichwörter Wirtschaft und fehlende Fachkräfte nennen. Ich führe fort und sage: Es geht dann auch der Demokratie schlecht, weil wir allein letztes Jahr tausende Jugendliche ohne Abschluss in die Erwerbslosigkeit, in die Perspektivlosigkeit entlassen haben. Das steht einer Demokratie nicht gut zu, weil wir den Auftrag haben, jedes Kind nach seinen Fähigkeiten zu fördern und dafür zu sorgen, dass es Teil dieser Gesellschaft sein und vor allem Partizipation ausüben kann. Da bin ich noch weit weg von politischer Partizipation. Die fängt über Teilhabe an, indem sie einen Beruf erlernen können.

Hier komme ich wieder zu meinen ursprünglichen Thesen: In der jetzigen Zeit ist es so, dass es sich bei diesen Bildungsverlierern, bei denen, die wir ohne Abschluss in die Perspektivlosigkeit entlassen, immer wieder um Kinder aus armen Strukturverhältnissen handelt. Somit bedeutet Armut wiederum Bildungsarmut.

Hauptausschuss (26.)

18.04.2024

Ausschuss für Schule und Bildung (48.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Wir haben ein Bildungssystem, welches die vorhandenen Ungleichheiten reproduziert. Von daher müssten wir dafür sorgen, dass eine strukturelle Demokratisierung des Bildungswesens stattfindet – ein Bildungswesen, das nicht selektiert, sondern tatsächlich Kinder nach ihren Möglichkeiten fördert. Ich glaube, das meiste habe ich erwähnt. Ich hoffe, ich habe nichts vergessen. – Danke.

Vorsitzender Klaus Vossemer (CDU): Recht schönen Dank, Frau Çelik. Dann schaue ich noch einmal in die Runde, ob es weitere Wortmeldungen gibt. – Das ist aber erkennbar nicht der Fall.

Dann haben Sie erschöpfend geantwortet. Ich darf mich bei den Sachverständigen sehr herzlich bedanken, dass Sie uns heute Antwort gestanden und so ausführlich zu den gestellten Fragen Stellung genommen haben. Wir werden das Ganze dann in einer der folgenden Sitzungen gemeinsam hier im Hauptausschuss auswerten.

Für heute danke ich noch einmal allen für ihr Erscheinen und für ihre Mitarbeit. Ich schließe die Sitzung mit den besten Wünschen für einen noch angenehmen Nachmittag. – Vielen Dank.

gez. Klaus Vossemer
Vorsitzender

Anlage

10.05.2024/10.05.2024

Anhörung von Sachverständigen
des Hauptausschusses
und des Ausschusses für Schule und Bildung

Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht.
Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/7196

am Donnerstag, dem 18. April 2024
13.00 bis (max.) 15.30 Uhr, Raum E3 A02, Livestream

Tableau

Stand: nach Anhörung

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Universität Duisburg-Essen (Campus Duisburg) Institut für Politikwissenschaft Professorin Dr. Susanne Pickel Duisburg	Professorin Dr. Susanne Pickel	18/1429
Universität Duisburg-Essen (Campus Duisburg) Institut für Politikwissenschaft Professor Dr. Andreas Blätte Duisburg	Professor Dr. Andreas Blätte	
Mehr Demokratie NRW Achim Wölfel Landesgeschäftsführer NRW Köln	Achim Wölfel Jens Mindermann	18/1376
Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke (LDB) Jan Zajic Dortmund	Jan Zajic	18/1362

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Büro für Gesellschafts- und Bildungskonzepte (GeBiKon) Gronau OStD a.D. Helmut Seifen Gronau	Helmut Seifen	18/1406
VBE NRW Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW e.V. Stefan Behlau	Anne Deimel Robert Lachner	18/1411
Institut für Öffentliches Recht und Politik Professor Dr. Fabian Wittreck Leiter des Instituts für Öffentliches Recht und Politik sowie Akademischer Leiter Rechtswissenschaftliche Fakultät	<i>keine Teilnahme</i>	
Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Nordrhein- Westfalen Ayla Çelik Essen	Ayla Çelik	18/1417
Landeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage NRW Christian Hüttemeister Bezirksregierung Arnsberg Landesstelle Schulpsychologie und Schulpsychologisches Krisenmanagement Dortmund	<i>Anhörung nicht mehr erreicht wegen Streckensperrung DB</i>	18/1419

weitere Stellungnahmen	Stellungnahme
Landesjugendring NRW	18/1421